

FREIE WÄHLER

Sachsens größte Bürgerbewegung

Wir Sachsen können uns selbst regieren.

Offenes Rahmenprogramm der FREIEN WÄHLER Sachsen für eine gemeinsame,
fortschrittliche und bürgernahe Kommunal- und Landespolitik zur
Landtagswahl 2019 im Freistaat Sachsen

Inhaltsverzeichnis

Präambel: Der Freistaat ist für seine Bürger da.	S.2
Bürgerbewegung für Sachsen	S.5
Bodenständig wirtschaften	S.6
1. Nur ein neuer Politikstil bringt uns Sachsen weiter.	S.6
2. Solide Finanzen sind eine gute Grundlage für unsere Unabhängigkeit	S.8
3. Die Landespolitik muss das Sprachrohr für die sächsischen Städte und Dörfer sein	S.10
4. Eine starke und handlungsfähige Polizei schafft mehr Sicherheit	S.12
5. Sachsen soll eine unabhängige Justiz in Bürgerreichweite haben	S.13
6. Familienfreundliche Kommunen haben Zukunft	S.14
7. Wir müssen Bildung wieder den Vorrang einräumen	S.16
8. Wir erhalten unser Kulturland Sachsen und entwickeln es weiter	S.19
9. Vorsorge, Barrierefreiheit und medizinische Betreuung in der Nähe sind aktive Seniorenpolitik	S.20
10. Mit ÖPNV kann man überall in Sachsen mobil sein	S.23
11. Mittelstand, Handwerk und Freie Berufe schaffen seit Jahrhunderten eine gute Grundlage unseres Wohlstands. Daran halten wir fest.	S.24

12. Landwirtschaft heißt, der Landwirt schafft es, das Land, die Ökologie und die Wirtschaft zu vereinen. Ökologie und Ökonomie sind keine Gegensätze.	S.26
13. Migration/Integration im Arbeitsmarkt	S.28
14. Hochschulstandorte in Sachsen stärken und weiterentwickeln	S.29
15. Sachsen braucht einen attraktiven, schlanken und effizienten Öffentlichen Dienst	S.29
16. Ehrenamtliches Engagement soll sich auch auszahlen	S.31
17. Sachsens Umwelt wollen wir ausgewogen schützen	S.31
18. Die Energiewende bürgernah meistern	S.32
19. Fischerei-, Jagd- und Forstwirtschaft müssen wir stabil halten	S.34
20. Das Sportland Sachsen setzt auf Leistung und bietet Chancen	S.35
21. Tourismusförderung erschließt mehr Marktpotentiale für uns	S.36
Epilog: Sachsen – Mitte in Europa.	S.37

Präambel:

Der Freistaat ist für seine Bürger da.

Wir FREIEN WÄHLER Sachsen sehen und sind die Menschen in unserem Freistaat im Mittelpunkt unserer Politik. Wir kümmern uns um die Probleme und Sorgen jedes Einzelnen vor Ort, aber auch um das Gedeihen der gesamten Gemeinschaft und sind entschlossen, uns Sachsen eine Zukunft mit Weitblick für das Wohl und die Würde unserer Bevölkerung zu ermöglichen. Wir treten zur Landtagswahl an, um sachorientiert und als unabhängige Kraft Politik zu gestalten. Wir wollen und müssen der Landespolitik eine neue Richtung geben und deutlich sagen: „Schluss mit abgehobener Politik!“. Wir FREIEN WÄHLER Sachsen sind Bürger aus der Mitte der Gesellschaft, die politische Verantwortung in unserem Freistaat übernehmen wollen. Dabei wollen wir die Allgemeinheit stärker in politische Entscheidungsprozesse einbeziehen, um damit die direkte Demokratie zu leben. Die Menschen müssen mehr mitbestimmen können. Aus den sächsischen Städten und Dörfern heraus müssen die Anregungen für Entscheidungen in unserem Freistaat entstehen. Dies darf nicht aus Brüssel, Berlin oder Dresden entlang irgendwelcher Parteivorgaben von oben nach unten erfolgen. Wir brauchen keine unnötigen Vorgaben von oben, mit denen große Verwaltungsapparate auf Kosten des Steuerzahlers beschäftigt werden. Wir können denken, Ideen liefern und umsetzen. Wir sind Sachsen.

Wir wollen sorgfältig und mit Augenmaß bewahren und verändern.

Bewährtes ist uns wichtig und kann mit den Anforderungen der modernen Gesellschaft in einer globalen Wirtschaft neu ausbalanciert werden. Unsere starke kommunale Verwurzelung bringt uns Jahre der gesammelten Erfahrungen aus Rathäusern und Kommunalparlamenten. Wir wissen, was praktisch funktioniert. Wir wissen auch, was nur sinnlos Zeit und Kraft vergeudet. Wir wollen die nötigen Rahmenbedingungen schaffen, die jedem Einzelnen eine faire Chance bieten, sein Leben in Eigenverantwortung zu führen und zufrieden mit den Lieben in unserer Heimat Sachsen leben zu können. Gemeinsames, sachorientiertes Arbeiten schweißt zusammen. Wir FREIEN WÄHLER Sachsen sind traditionell, wenn es um die Erhaltung bewährter Lebensformen und Werte geht und wir sind modern und kreativ, wenn es der Schaffung und Gestaltung zukunftsorientierter Bereiche

dient. Wir sind heute eine moderne, dynamische Bürgerbewegung und die stärkste kommunalpolitische Kraft in Sachsen, was wir am 26. Mai 2019 bei der Kommunalwahl unter Beweis gestellt haben.

Demokratie braucht Überschaubarkeit und Vertrauen.

Die FREIEN WÄHLER Sachsen setzen sich für die Wahrung der traditionsreichen kommunalen Selbstverwaltung in Sachsen ein - gerade im Hinblick auf das zusammenwachsende Europa. Es ist eindeutig, dass die Demokratie am besten in kleinen Räumen funktioniert, da dort Überschaubarkeit und Vertrauen noch eine wichtige Rolle spielen. Kurze unbürokratische Wege ermöglichen schnelles Handeln und eine genaue Fehleranalyse. Dehnt man demokratische Gebilde zu weit aus, dann zerreißt es genau diese Demokratie! Eine ehrliche, sachorientierte Politik verträgt auch Kritik und andere Meinungen und führt dennoch zum Ziel. Wir vertrauen den Menschen in unserem Freistaat und trauen ihnen das auch zu.

Unabhängigkeit ist unsere Stärke.

Von diesem kommunalen Selbstverwaltungsrecht im Sinne des großen Reformers Freiherr vom Stein leiten wir FREIEN WÄHLER Sachsen unseren Auftrag für den Landtag in Dresden ab. Wir FREIEN WÄHLER Sachsen stehen in der Verantwortung gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern, für deren Wohl wir uns einsetzen und deren Interessen wir vertreten.

Wir FREIEN WÄHLER Sachsen fördern politisches Engagement jedes Einzelnen und das Recht auf freie Meinungsäußerung. Wir lassen uns den Mund nicht verbieten, denn wir sprechen das aus, was viele Menschen denken.

Wir sind anders als andere Parteien, aber nicht anders als unsere Bürger. Wir sind ein Teil von Ihnen mit einem guten Konzept für die Zukunft.

Wir unterscheiden uns von allen anderen Parteien. FREIEN WÄHLER Sachsen und die kommunalen Vereine der Freien Wähler in Sachsen unterliegen keiner Parteiorder oder ideologischen Marschbefehlen aus Brüssel, Berlin, Dresden oder wer da noch alles über uns bestimmen will. Wir bilden uns hier in Sachsen gemeinsam eine Meinung und die vertreten wir auch klar und deutlich nach innen und außen. Die Unabhängigkeit der kommunalen Vereine der FREIEN WÄHLER ist unser Alleinstellungsmerkmal und ein demokratisches Gut.

Die FREIEN WÄHLER in Sachsen betrachten sich als Bürgerbewegung, müssen aber die gesetzlichen Bestimmungen für die Landtagswahl erfüllen.

Das Landeswahlgesetz lässt Vereine zur Landtagswahl nicht zu. Deshalb haben wir eine kleine Funktionspartei gegründet, die den Ansprüchen des Gesetzes genügt. Die Grundlage der FREIEN WÄHLER Sachsen beinhaltet aber die geleistete Arbeit in den Kommunen im Interesse aller Bürger, unabhängig von den sozialen Stellungen und unterschiedlichen Interessen. Unsere Politik steht nicht im Dienst von gesellschaftlichen Einzelgruppen, Lobbyisten oder Ideologien, sondern dient dem Gemeinwohl. Es ist die anspruchsvolle, aber unverzichtbare und unverwechselbare Aufgabe der FREIEN WÄHLER, aus der Mitte für die Mitte, den politischen Rahmen so zu gestalten, dass sich viele Menschen ein zufriedenes Leben erarbeiten können.

Garantieren können wir die Arbeitsweise, dass in der Kommunal- und Landespolitik auf Augenhöhe zusammen gearbeitet wird, indem die kommunalen Vereine der Freien Wähler Sachsen e.V. weiter Vereine bleiben und lautstark in der Kommunalpolitik tätig sind. Sie nehmen keine politische Order aus der Hauptstadt entgegen, sondern arbeiten mit der Landespolitik freiwillig und sachorientiert zusammen. Was die Landesebene im umgekehrten Fall auch tut. Somit ist ein gegenseitiges

Controlling jederzeit willkommen. Korrekturen in der Landespolitik werden frühzeitig und mit geringem Aufwand möglich.

Wir sind sozial - konservativ – liberal: je nach Sachfrage

Wer nur Rechts und Links kennt, macht keinen Schritt nach vorn. Das Leben ist ein ständiges Auf und Ab. Daran kann man verzweifeln oder man entwickelt eine kulturelle Widerstandskraft aus der Mitte der Gesellschaft gegenüber diesen Herausforderungen. Wir stehen für diese Widerstandskraft und lassen uns in diesen Zeiten nicht verrückt machen. Sachsen stand in seiner langen Geschichte schon vor ganz anderen Herausforderungen. So bejahen wir ausdrücklich das christliche Erbe in unserer Gesellschaft, das sich nicht nur in der Ausübung der Religion ausdrückt, sondern auch die Grundlagen für unsere Vorstellungen einer anspruchsvollen Arbeitsmoral, einer gemeinschaftlichen und sicheren sozialen Absicherung und einer maßvollen, aber langfristig gesunden mittelständischen Wirtschaft sowie einer echten Demokratie bildet. Wir verstehen uns in Traditionen. Wir sehen das Christentum als einen Teil unseres kulturellen Erbes.

Dazu gehören natürlich auch die Bewahrung und die Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen. Wir haben eine Verantwortung für unsere Umwelt. Natur und Landwirtschaft in ihren Kreisläufen zu unterstützen und für die nächsten Generationen zu erhalten, ist eine Selbstverständlichkeit für uns und bedarf klugen Augenmaßes statt einer politischen „Mission“. Wenn man bodenständig wirtschaftet, gelangt man zum Erfolg. Abheben darf man dabei nicht.

Wir üben uns in Toleranz und arbeiten nicht ideologisch.

Toleranz gegenüber Andersdenkenden ist eine selbstverständliche Grundhaltung der FREIEN WÄHLER. Zu starren Weltanschauungen jeder Art haben wir FREIEN WÄHLER ein distanzierendes Verhältnis. Ideologien sind in unseren Augen " Gift für die Toleranz und das Zusammenleben in unserer Gesellschaft". Für uns hingegen sind eigenes Nachdenken und Eigenverantwortlichkeit durch nichts zu ersetzen. Unsere Toleranz endet nur da, wo sie ausgenutzt wird, um die Toleranz abzuschaffen. Wir sprechen daher mit allen politischen und gesellschaftlichen Kräften - auf der kommunalen wie auf der Landesebene.

Wir wollen die Gesellschaft wieder zusammenführen.

Wer zu einer Partei geht, will dort oft auch etwas werden. Bei den Freien Wählern Sachsen steht das nicht im Vordergrund. Wir haben alle ein Leben, das wir schätzen und lieben. In den Parteien redet man sich gegenseitig ein, wie die Welt zu sein hat. Die anderen parteilosen Bürger (98,5%) stehen im wahren Leben. Ihre Einschätzung muss in Zukunft mehr Priorität bekommen. Die Zeit der sogenannten Volksparteien und der Berufspolitiker scheint vorbei. Wir sehen die Verantwortung, für eine neue Balance in unserer Gesellschaft zu sorgen. Wir werden viele schwere Fragen sehr strittig und offen ansprechen und tiefe Gräben, die die Gesellschaft spalten, wieder verschließen. Zur Widerstandskraft gehört es auch, erneut aufeinander zuzugehen und gemeinsam anders weiter zu machen. In den letzten Jahren haben sich viele empört, wurden aggressiv und gewalttätig oder grenzten andere aus. Man könnte denken, die Gesellschaft wäre unrettbar gespalten. Wir halten diese Widersprüche durch eine Rückkehr zu einer Politik des Lebens mit einem hohen Anteil an Bürgerbeteiligung für überwindbar. Wir wollen die gespaltene Bevölkerung in Sachsen wieder einen. Dafür nehmen wir unseren Mut und unsere Kraft zusammen und treten gemeinsam unter Verzicht auf alle Spielarten von Extremismus für den Sächsischen Landtag an.

Bürgerbewegung in Sachsen für Sachsen

Im Herbst wird der Mauerfall 30 Jahre zurück liegen. Wer damals Erwachsener oder Jugendlicher war und ihn miterlebte, erinnert sich an die Euphorie und die Hoffnung in den Augen und Herzen der Menschen. Noch ungläubig am Anfang, dann zunehmend mutiger und befreiter. Eine große Bürgerbewegung hatte die Kraft, vieles zu ändern. Jetzt ist es wieder Zeit Sachsen zu verändern - nicht das Grundgerüst unserer Gesellschaft, aber die Ausführung und Umsetzung demokratischer Prinzipien und die Fehlentwicklungen in der Politik.

Heute stehen die Politik im Allgemeinen und die Politiker im Besonderen unter massiver Kritik. Politische Entscheidungen und Institutionen werden heftig hinterfragt. Die Tatsache, dass man alle vier - fünf Jahre wählen darf, aber dazwischen nicht mehr gefragt wird, schafft Unzufriedenheit. Das kann man verändern. Das werden wir ändern. Womöglich mit dem ersten Schritt der Beantragung der Herabsetzung des Alters der Wahlberechtigung auf 16 Jahre.

Inzwischen gibt es viele, die sich deutlich mehr Schweiz und weniger Brüssel wünschen. Sie wollen auch zwischen den Wahlen gefragt und gehört werden. Die Landespolitik soll sich für die sächsischen Dörfer und Städte und deren Bürger interessieren. Die Welt retten wir übermorgen, wenn wir wissen, wie es mit uns und unserem Land, unserem Freistaat und unseren Bürgern weiter geht. Wir müssen erstmal hier in Sachsen ein paar grundlegende Dinge regeln und richten. Wir wissen, dass es viele Menschen gibt, die sich mit solchen Gedanken plagen. Deshalb bieten wir Ihnen diese Plattform an. Sammeln Sie sich hinter uns. Hier geht es nicht um Likes auf Facebook, Instagram und Co. oder um Dampf ablassen - bei uns geht es um nötige und sinnvolle Veränderung.

Sie können die FREIEN WÄHLER in den Sächsischen Landtag bringen, sich selbst eine Stimme geben und einen neuen Politikstil, den sie in vielen Jahren Arbeit in den Stadt- und Ortsbeiräten erprobt haben, umsetzen. Die Dörfer und Städte geben die Ziele der Politik vor. Die Staatsregierung ist zuerst Ihnen verpflichtet, die Sie hier in Sachsen leben, arbeiten, Steuern zahlen und Kinder großziehen.

Sie sind normal? Vielleicht sogar etwas „langweilig“? Willkommen. Sie leben für Ihre Kinder und Ihre Familie? Willkommen. Sie schätzen gute Ausbildung und gute Arbeit? Willkommen. Sie können die Kirche im Dorf lassen, auch, wenn Sie träumen? Willkommen. Sie lieben Ihre Heimat Sachsen? Willkommen. Sie wollen erkennbare und verlässliche Veränderungen in der Politik, aber keine Revolution, die sich als ziellose Revolte entpuppt? Willkommen. Sie freuen sich über gut ausgebildete und tatkräftige Zuwanderer in den Arbeitsmarkt? Willkommen. Sie sind begeistert von Technik? Willkommen. Sie schätzen einen verlässlichen Alltag? Willkommen. Sie wollen mehr Sicherheit in Ihrem Leben? Willkommen. Sie wollen nicht „hipp“, sondern glücklich sein? Willkommen.

Bodenständig wirtschaften

Jedem Arbeiter die Früchte seiner Arbeit zu sichern oder dies so gut wie möglich zu versuchen, ist eine würdige Aufgabe für jede gute Regierung.

Abraham Lincoln, 16. Präsident der USA

Der sächsische Mittelstand: stärken und erweitern. Ohne ihn geht es nicht!

Nach der akuten weltweiten Finanzmarktkrise von 2009 bis 2011 waren viele Regierungen beeindruckt von der Stärke und Robustheit des deutschen Mittelstands. Die USA, Russland und die EU-Kommission, alle wollten den deutschen Mittelstand kopieren. Da dieser aber über Jahrhunderte gewachsen ist, ist er nicht so leicht kopierbar. Inzwischen wissen das auch alle Anderen und manche bekämpfen nun, was sie nicht kopieren können. Der Angriff auf den deutschen Mittelstand wurde längst ausgerufen. Dem zu widerstehen und die eigene wirtschaftliche Grundlage unseres Wohlstandes und unserer Freiheit zu verteidigen, gehört zu den wichtigsten politischen Aufgaben unserer Zeit. Unternehmer sollten hier den Schulterschluss mit denjenigen Politikern üben, denen das bewusst ist. Es geht nicht nur darum, wie wir in Zukunft leben, sondern auch wovon.

In Sachsen wurde nach dem Mauerfall viel im Mittelstand aufgebaut - eigenverantwortlich, entbehrungsreich und langwierig, aber auch frei und selbstbestimmt. Diese Firmen zu stärken und in ihrem Größenwachstum zu unterstützen, ist Kernaufgabe, egal ob in kleineren oder größeren Städten.

Wir sind dem Mittelstand sehr verbunden. Gründer- und Unternehmergeist, Selbstständigkeit und allgemeiner Wohlstand hängen von den Grundprinzipien mittelständischen, bodenständigen Wirtschaftens ab. Tradition und Stolz, Innovationskraft, vernünftige Entscheidungen und persönliche Haftung, soziales Engagement vor Ort, sittlicher Umgang mit den Mitarbeitern, soziale und ökologische Nachhaltigkeit vor Ort, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit. Mittelstand ist eine Haltung, nämlich sein Bestes zu geben, Verantwortung zu übernehmen und mit Weitsicht zu agieren. Ein solches ökonomisches Selbstverständnis zu besitzen, zu leiten, zu riskieren und zu haften, zeitigt Ergebnisse, die die Welt beeindrucken und uns redlich ernähren. Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und existentiell für unseren Wohlstand.

1. Nur ein neuer Politikstil bringt uns Sachsen weiter.

Vernunft und gesunder Menschenverstand sind die Richtschnur gesunden Handelns

Die FREIEN WÄHLER Sachsen setzen sich für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort ein. Lösungen für Probleme sind auch vor Ort zu suchen und zu finden. Wir denken nicht links und nicht rechts, sondern aus der Mitte heraus - mit Vernunft und gesundem Menschenverstand. Wir finden Kompromisse, wenn es mehrere Meinungen gibt.

Wir FREIEN WÄHLER schöpfen unsere Kraft aus Werten, Idealen und visionären Ideen, nicht jedoch aus Ideologien. Die FREIEN WÄHLER Sachsen setzen sich deshalb für eine offene, transparente Politik unter den Leitlinien von Gesprächsbereitschaft, Miteinander, Zusammenarbeit, Verantwortung und Anerkennung ein. Wir FREIEN WÄHLER können zuhören!

Ehrlichkeit und Verständigung

Ehrlichkeit, Redlichkeit und Verständigung in der Politik ist ein Muss. Politikerinnen und Politiker müssen sich ihrer Vorbildfunktion wieder bewusstwerden und die Hoffnungen und Erwartungen der Menschen, von denen sie gewählt wurden, erfüllen. Diesen Maßstab wollen wir auch selber einhalten.

Ideologische Grabenkämpfe, die in aller Regel nur dem Machterhalt dienen, werden von den FREIEN WÄHLER abgelehnt. Nur gemeinsam und mit Weitblick können wir in der Politik Erfolge haben, die der Gesellschaft dienen. Wer ein öffentliches Mandat bei den FREIEN WÄHLERN übernehmen will, muss wissen, wofür er steht. Die FREIEN WÄHLER stellen Kandidaten auf, die Kompetenz und Lebenserfahrung mitbringen.

Respekt vor der anderen Meinung

Diskussionen und Auseinandersetzungen gehören zur demokratischen Willensbildung. Sie müssen sachorientiert geführt werden, damit stets als Ziel die bestmögliche Lösung für die Bürger umsetzbar bleibt. Der Wille zu konstruktiver Zusammenarbeit gegenüber politisch Andersdenkenden sowie Respekt vor deren politischer Sichtweise - solange diese sich im rechtsstaatlichen Rahmen bewegt - ist Voraussetzung für eine solche Handlungsweise.

Starke Bürger durch direkte Demokratie

Demokratie ist die Herrschaft, die vom Volk ausgeht. Immer mehr Menschen verlieren das Interesse an der Mitgestaltung „ihres“ Staates und die Wahlbeteiligung sinkt. Ein Gemeinwesen lebt davon, dass viele Menschen bereit sind, verantwortlich mitzureden. Dies führt zu einer Stabilisierung der Demokratie. Bürgerentscheide und Volksabstimmungen tragen dazu bei, dass sich Menschen mit politischen Fragen und anstehenden Entscheidungen beschäftigen, darüber diskutieren, Meinungen bilden, entscheiden und Verantwortung übernehmen.

Eine Stärkung der Elemente der direkten Demokratie führt nach Auffassung der FREIEN WÄHLER Sachsen zu einer sinnvollen Begrenzung der Macht. Wir fordern deshalb für Sachsen, die Volksgesetzgebung auf kommunaler und Landesebene zu stärken.

Die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide auf Landesebene müssen deutlich gesenkt werden. Das Internet bietet neue Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und Transparenz sowie bequemerer Abwicklung politischer und administrativer Abläufe.

Moderne Medien als Chance für mehr Demokratie

Die FREIEN WÄHLER setzen sich dafür ein, dass die modernen Medien künftig nicht nur Gesellschaft und Wirtschaft durchdringen, sondern auch verstärkt von Politik und Verwaltung genutzt werden, um den Menschen die öffentlichen Entscheidungen wieder näher zu bringen. Es gilt, auf die medialen Anforderungen der Zukunft vorbereitet zu sein und künftige Entwicklungen auch als Chance für mehr direkte Demokratie zu begreifen. Voraussetzung dafür ist unter anderem der flächendeckende Ausbau eines leistungsfähigen Internets im ganzen Land und dessen kostenfreie Verfügbarkeit.

Freiheit hat Vorrang

Wir FREIE WÄHLER Sachsen sehen in der Freiheit des Einzelnen die Gewähr für eine Entfaltung der positiven Kräfte der Menschen. Gesellschaftliche Gerechtigkeit und sozialer Ausgleich lassen sich nur in einer freiheitlichen Demokratie erreichen. Demokratie braucht mündige Bürger, die bereit sind, sich für ihre Freiheit und das Wohlergehen der Allgemeinheit gleichermaßen einzusetzen. Schon durch unseren Namen „FREIE WÄHLER Sachsen“ dokumentieren wir ein besonderes Verhältnis zu Freiheit und Selbstbestimmung. Wir werden deshalb ständig und verstärkt in der Öffentlichkeit alles anmahnen, was diesen Grundprinzipien widerspricht.

Dafür stehen wir FREIEN WÄHLER:

- Wir wehren uns gegen einen überbordenden Staatsapparat, der den Menschen unzählige Vorschriften macht.
- Wir fordern auf allen Ebenen die Abschaffung von Vorschriften und Satzungen, die mehr regeln, als unbedingt notwendig. Für jede neue Vorschrift sollen zwei alte abgeschafft werden. Wir drängen auf ein „Verfallsdatum“ für Vorschriften, so dass diese nach einer begrenzten Zeit zwangsläufig evaluiert werden müssen.
- Wir setzen uns für vereinfachte Verfahren und weniger Festsetzungen ein (Bürokratieabbau).
- Wir wollen verständliche und für den Bürger nachvollziehbare Regelungen und Formulare in den Bereichen des täglichen Lebens (z.B. Sozialsysteme, Verkehr, Abfallentsorgung).

Wir FREIE WÄHLER Sachsen stehen für Freiheit, mehr Selbstbestimmung und direkte Demokratie. Wir wollen selbst entscheiden und nicht aus der Ferne verwaltet werden.

2. Solide Finanzen sind eine gute Grundlage für unsere Unabhängigkeit.

Ein ausgewogener Staatshaushalt ist eine gute Rückversicherung für schlechtere Zeiten. So kann auch weiterhin Unabhängigkeit von fremden Einflussnahmen gewährleistet werden. Der sparsame und überlegte Umgang mit öffentlichen Geldern ist uns Verpflichtung. In vielen sächsischen Gemeinden und Kreisen haben die FREIEN WÄHLER Sachsen diesen Grundsatz über einen langen Zeitraum praktisch bewiesen. Sie werden dies auch im Landtag unter Beweis stellen.

Gelder jenseits einer sinnvollen Haushaltsrücklage für Unvorhersehbares müssen sinnvoll für die Einzahler, die Städte, Kommunen, Gemeinden und letztendlich für den Bürger geöffnet werden. Und dies nicht erst vor der nächsten Wahl.

Im Landtag wird die besondere Aufmerksamkeit der FREIEN WÄHLER Sachsen einer deutlich verbesserten Finanzausstattung der Kommunen und Kreise Sachsens gelten – das kommt konkret jedem Bürger zu Gute. Dies ist möglich, wenn der Länderfinanzausgleich ausgewogener und leistungsfördernder gestaltet würde - hierfür werden sich die FREIEN WÄHLER Sachsen gerade mit Blick auf das fällige Ende des Solidaritätsbeitrages mit Nachdruck einsetzen. Künftig muss ein wesentlich größerer Teil der aus dem gesamten Steuer- und Abgabenaufkommen resultierenden Einnahmen Sachsens in den Kommunen und Kreisen verbleiben. Nur so können diese ihren Verpflichtungen nachkommen, ohne noch weiter in die Schuldenfalle zu geraten. Die Finanzpolitik in Sachsen muss auf allen Ebenen noch nachhaltiger gestaltet werden.

Dafür stehen wir FREIEN WÄHLER:

- Das Konnexitätsprinzip, das nach dem Prinzip „Wer bestellt, der bezahlt.“ wirkt, ist zwingend zu wenden. Kosten durch Gesetze, Beschlüsse oder Festlegungen des Landes, des Bundes und der EU müssen von diesen auch getragen werden.
- Die öffentliche Hand hat strikt nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit zu handeln. Die Sächsische Schuldenbremse halten wir für richtig.
- Die öffentliche Hand soll künftig grundsätzlich „Förderprogramme“ auflegen, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind und mehr Geld für die Gemeinden, Städte und Landkreise zur Verfügung stellen.
- Den Kommunen ist eine ausreichende Finanzausstattung als selbst verantwortetes Budget zu gewähren.
- Kommunen dürfen frei über die Fördermittelnutzung entscheiden.
- Die öffentliche Hand hat sich künftig auf die Kernaufgaben staatlicher Verwaltung und der Daseinsvorsorge zu beschränken. Die Bedienung von Lobbyisten - und Sonder-Interessen ist nicht unser Anliegen.
- Bildung und Sicherheit sind herausragende Themen der Landespolitik. Für diese beiden Bereiche müssen die notwendigen finanziellen Mittel vorrangig aufgebracht werden.
- Alle Bürgerinnen und Bürger Sachsens haben das Recht auf eine ausreichende soziale Grundabsicherung. Dafür haben alle die Pflicht, verantwortungsbewusst und nicht missbräuchlich mit den Leistungen des Staates umzugehen.
- Die FREIEN WÄHLER Sachsen setzen sich dafür ein, dass die Belastung der Bürgerschaft durch Steuern und Abgaben Spielraum für individuelle finanzielle Entscheidungsfreiheit belässt. Auch dies ist unverzichtbarer Bestandteil unseres Freiheitsverständnisses.
- Wir wollen mehr Netto im Brutto und die Kaufkraft steigern.
- Wir planen eine Überprüfung der bestehenden Subventionsregelungen und Fördermaßnahmen.

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns dafür ein, dass jeder Bürger gegenüber dem Finanzministerium gleichwertig anzusehen ist. Im Sächsischen Finanzausgleich wird im §7Absatz 3 derzeit festgelegt, wie hoch der Finanzbedarf je kreisangehöriger Gemeinde an der Einwohnerzahl gemessen ist. Bis 1500 Einwohner gibt es eine Grundsumme, bis 4000 Einwohner 116%, bis 7500 122%, bis 15000 142% und bei bis zu 100000 Einwohnern sogar 190%. Es ist klar, dass größere Städte mehr Aufgaben zu bewältigen haben, aber sind nicht alle Bürger gleich viel wert. Gerade der ländliche und schwache ländliche Raum soll sich entwickeln und einen Aufschwung erleben.

Wir FREIEN WÄHLER fordern:

- Festschreibung des Finanzbedarfes auf der höchsten Stufe von 190% und keinen Verlust bei der derzeitigen Lastenverteilung für kreisfreie Städte und Landkreise
- Freie und individuelle Verwendung von Mehreinnahmen der Kommunen
- Vollumfängliche Förderung der örtlichen Feuerwehrtechnik

3. Unsere Landespolitik muss das Sprachrohr für die sächsischen Städte und Dörfer sein

Die FREIEN WÄHLER Sachsen sehen die Städte und Dörfer als Fundament des Freistaates. Die Kommunen müssen attraktiv sein, „atmen“ können und funktionieren. Vor Ort in den Städten und Gemeinden erleben die Menschen die Auswirkung von Politik. Den Kommunen werden Spielräume für eigene Investitionen und Gestaltung immer mehr eingeschränkt. Immer mehr Aufgaben von Bund und Land werden, ohne entsprechende Finanzierung, auf die Kommunen übertragen. Die steigenden Kosten im gesamten Sozialbereich treffen sie in voller Härte und ohne Möglichkeit, sich zu entlasten. Diese verfehlte Politik bekommt der einzelne Bürger über Leistungseinschränkungen und Beitragserhöhungen zu spüren.

Wir FREIEN WÄHLER Sachsen wollen unseren politischen Sachverstand künftig nicht nur an der Basis einbringen. Im Sächsischen Landtag wollen wir Fürsprecher der Kommunen und ihr Dienstleister sein. Die Kommunen können selbst entscheiden, was wichtig ist. Sie werden regiert von Menschen, die in diesen Kommunen leben und die für die Kommunen leben. Wir müssen alles wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Die Handlungsfreiheit der Kommune ist die Voraussetzung für ihr - und letztlich auch Sachsens - erfolgreiches Funktionieren. Wir brauchen in Sachsen mehr als die Leuchttürme Chemnitz, Zwickau, Dresden und Leipzig.

So wenig Staat wie nötig, so viel Selbstverwaltung wie möglich.

Selbstverwaltung gemäß Art. 28 Grundgesetz erfordert eine weitergehende Verwaltungsmodernisierung. Momentane kommunalspezifische Aufgaben, welche in der Landesdirektion angesiedelt sind, müssen so weit wie möglich sinnhaft auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen werden. Die einzelne Kommune soll eine „funktionierende, weitgehend selbstverwaltete Einheit“ sein. Dabei ist klar, dass geringe Anteile dennoch zentral geregelt werden sollten. Die letzte Kreisgebietsreform gehört auf den Prüfstand. Einzelne Kreise sind flächenmäßig zu groß geraten. Die Verwaltung hat sich vom Bürger entfernt, der das schmerzhaft spürt. Größere Kreise sind nicht gleich zu setzen mit effektiverer Arbeit. Vielmehr sollte es um Bürgernähe und nicht um Kostenfaktoren gehen. Die gesunde Mischung aus beidem ist ein Kompromiss, welcher von den Bürgern im Sinn der Effizienz der Kommune mitgetragen wird.

Das Prinzip der „Nähe“,

muss als wesentliches Wirtschafts- und Handlungsprinzip praktiziert werden. Jeder Ort, jede Region hat regionale Besonderheiten und Vorzüge, welche stärker als bisher gesucht, als „Standortvorteil“ herausgestellt und genutzt werden müssen. Kommunale Aufträge sollen in größerem Umfang als bisher „vor Ort“ vergeben werden. Regionale Produkte müssen verstärkt in der Region präsentiert und vermarktet und subventioniert werden. Auf diese Weise kann erreicht werden, dass das Verhältnis zwischen Erzeuger und Verbraucher nicht nur ein Handels-Verhältnis bleibt, sondern durch das Prinzip der „Nahversorgung“ eine Partnerschaft vielleicht auch Freundschaft entsteht. Das Vergaberecht muss dahingehend geändert werden, dass es die einheimische Wirtschaft vordringlich stärkt. Wir brauchen einen Vor-Ort-Bonus für lokale Anbieter. Nicht der günstigste Anbieter sollte den Zuschlag erhalten, sondern der örtlich angesiedelte und nachhaltigste Dienstleister. So wird der Unternehmer in der Region gefördert, kann Arbeitsplätze schaffen und stärkt wiederum dadurch die

Kommune und macht diese attraktiver. Gerade der mitunter weit abgelegene ländliche Raum, wird davon profitieren. Daraus ergibt sich auch ein ökologischer Aspekt, nämlich der, dass lange Anfahrtswege für „Fremdfirmen“ entfallen.

Wir FREIE WÄHLER wollen politische Entscheidungsprozesse in die tiefst mögliche demokratische Ebene verlagern. Politische Verantwortung muss dort wahrgenommen werden, wo auch die Folgen der politischen Entscheidungen zu tragen sind. Hierfür sind handlungsstarke Kommunen mit einer ausreichenden Finanzmittelausstattung und Planungssicherheit notwendig. Deshalb müssen finanzielle Mittel aus Steuerverbänden, etwa die Einkommensteuerbeteiligung, den Gemeinden ebenso erhalten bleiben wie die Mittel aus dem Finanzausgleich und die Gewerbesteuer. Fördermittel müssen ohne Zweckbindung pauschal und ohne Co-Finanzierungszwang ausgereicht werden. Wer wenig hat, kann nicht zu großen anstehenden Institutionen noch große Beiträge zusteuern. Wo nichts ist, das kann auch nichts herkommen und trotzdem sind die Bürger in diesem Ort nicht weniger Wert, als andere. Wir dürfen den Bürgern mit solch veralteter Vergabepraxis keine negative Wertigkeit vermitteln.

Kernaufgabe der Kommunen ist die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern wie zum Beispiel Wasserver- und -entsorgung, Abfallentsorgung oder öffentlicher Personennahverkehr. Sie müssen in öffentlicher Hand bleiben und dürfen nicht privatisiert werden. Wir fördern die Solidarität und Zusammenarbeit zwischen den Kommunen. Wir wollen unsere Ortschaften lebenswerter gestalten. Wir brauchen die Weiterentwicklung der Städte, sowie der Dorferneuerung. Das Leben auf dem Land muss einen annähernd gleichen Standard haben, wie das Leben in der Stadt. Jeder Mensch hat einen Anspruch auf ein Leben in Würde.

Dafür stehen wir FREIEN WÄHLER:

- Die Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand.
- Wir sind gegen eine Privatisierung der Wasserversorgung und des Öffentlichen Personennahverkehrs. (ÖPNV)
- Es muss eine faire Verteilung der Sozialkosten zwischen Bund, Ländern und Kommunen geben. Die Städte und Gemeinden sind damit derzeit maßlos überfordert.
- Es darf keine Absenkung des Bundesanteils für den Städtebau geben.
- Wir stehen zu einer strengen Umsetzung des Konnexitätsprinzips auf allen staatlichen Ebenen. Bund und Länder dürfen keine Normen setzen, die die Kommunen zu höheren Ausgaben zwingen, diese Zusatzausgaben jedoch nicht angemessen ersetzen.
- Die Kommunen dürfen nicht die Leidtragenden der Finanzmarktregulierung, der Flüchtlingsbetreuungskosten und steigender Sozialaufgaben sein.
- Neue Einkommensmöglichkeiten der Kommunen durch Beteiligungen oder eigene Gesellschaften sind zu erschließen und wirtschaftlich und mit dem Auge der Bürgernähe zu prüfen.
- Europäische Vorgaben, die den Kommunen die Aufgabenerledigung erschwert, sind auf ein Minimum zu reduzieren. Rechtsunsicherheiten und unnötige Bürokratie müssen beseitigt werden.
- Vergabe- und Ausschreibungsbedingungen gehören auf den Prüfstand
- Wir erwarten zusätzliche Mittel für Rettungsdienste und die Feuerwehren.
- Die Sicherheit der Kommunen muss ausreichend durch den Bund finanziert werden. Eine Feuerwehr darf nicht, im Bereich Ausstattung und Weiterbildung, vom Budget der Kommunen abhängen. Oftmals stellen schon die Menschen der Kommunen selbst im Ehrenamt ihre Person zur

Verfügung, dann sollte die finanzielle Ausstattung der Wehren auch hinreichend durch den Bund bezuschusst werden. Eigentlich ist es die Pflicht des Staates, ausreichend für die Sicherheit seiner Bürger zu sorgen.

4. Eine starke und handlungsfähige Polizei schafft mehr Sicherheit.

Es ist Aufgabe des demokratischen Gesetzgebers, durch verlässliche und gerechte gesetzliche Vorgaben einen Raum der Sicherheit und des Rechts zu schaffen.

Wir FREIEN WÄHLER wollen eine angemessene Balance zwischen bürgerlicher Freiheit und innerer Sicherheit wahren. Unsere Freiheitsgrundrechte sind die Grundlage unserer Staatsordnung. An ihr muss sich jeder staatliche Eingriff messen lassen. Wir sehen die garantierte Freiheit der Bürger aber auch als Herausforderung für jeden Einzelnen, verantwortungsvoll damit umzugehen. Die Polizei soll bürgernah und vor allem an Schwerpunkten, auch im ländlichen Raum und im Grenzbereich, durch ausreichende Präsenzstreifen präventiv wirken und bei Straftaten sofort effektiv eingreifen können. Besonders Straftaten gegen Leib und Leben, die sexuelle Selbstbestimmung in jeglicher Hinsicht, Drogenkriminalität, Diebstahl und grenzübergreifende Kriminalität sind intensiver und wirksamer zu bekämpfen. Freiheit bedeutet sich frei bewegen zu können ohne Angst zu haben, das Opfer einer Straftat zu werden.

Dafür stehen wir FREIEN WÄHLER:

- Wir brauchen eine gut ausgebildete, bestens ausgerüstete, hochmotivierte, bürgernahe und konsequente Polizei. Unsere Polizei muss kompetent im städtischen und ländlichen Raum sowie im Grenzbereich agieren können und vom Freistaat, der Verwaltung sowie der Justiz allseitig unterstützt werden.
- Wir fordern die Einführung einer Grenzpolizei für die intensivere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Polizeibehörden, sowohl national, als auch international.
- Wir fordern ein einheitliches Erfassungssystem der Polizeien auf allen Ebenen sowie international, so dass diese problemlos verknüpfbar und auswertbar sind.

Wir fordern bessere Rahmenbedingungen für die Sicherheitsbehörden die durch folgende Maßnahmen gesichert wird:

- Personalaufbau auf 17500 Polizeivollzugsbeamte zuzüglich dem erforderlichen Verwaltungspersonal in den nächsten 7 Jahren
- Erhöhung und Schaffung eines stetigen Einstellungskorridors auf 1500 Anwärter pro Jahr
- Damit verbunden, die sofortige Erweiterung der Liegenschaften der Polizei unter der Beachtung des Grundsatzes: „Wir bauen für unserer Zukunft, nicht für die Strukturen der Gegenwart oder gar Vergangenheit.“
- Wiederaufbau der flächendeckenden Struktur und der Personalstärke bis ins letzte Dorf (mehr Bürgerpolizisten werden gebraucht)
- Offene Darstellung der polizeilichen Belastung im Gesamtkonsens
- Auslagerung polizeifremder Aufgaben, wie Schwerlasttransportbegleitung und Fahrerermittlungen

- Ausbau der Präventionsarbeit der Polizei
- Stellenentwicklungskonzept innerhalb der Polizei
- leistungsgerechte Bezahlung
- Wertschätzung der Arbeit unserer Sicherheitsbehörden und die Einhaltung der Arbeitszeitverordnungen
- Erhöhung des Fokus Opferschutz und damit verbunden die Verdopplung der Gelder für Opferschutz- und Opferhilfeeinrichtung, sowie die Ausbildung von Sozialpädagogischen Prozessbegleitern.
- Erweiterung der polizeilichen Befugnisse, so dass diese dem aktuellen Stand der Technik entsprechen.

Wir setzen auf:

- eine bessere ggf. personengebundene Sachmittelausrüstung für unsere Sicherheitskräfte auf dem neuesten Stand der Technik,
- bessere umfänglichere Fortbildung unserer Sicherheitskräfte
- härtere Strafen bei Gewalt gegen Amtsträger, insbesondere gegen alle Polizei- und Justizbeamte und Rettungskräfte
- Einführung einer gesonderten Einheit für Cybercrime (Internetkriminalität) und deren hochwertigen Ausstattung mit Personal und Technik im direkten Vergleich zur Fortentwicklung der neuen Medien.
- Erhalt aller Bundespolizeistandorte

Wir fordern:

- eine intensivere, verbesserte und länderübergreifende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und des Verfassungsschutzes,
- die konsequente Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus, egal ob von rechts oder links oder religiös motiviert,
- die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit unserer Justiz- und Polizeibehörden untereinander und mit denen der EU-Mitgliedstaaten und Nachbarn,
- eine konsequente Abschiebung straffällig gewordener Asylsuchender
- eine effektivere Bekämpfung der Geldwäsche und der organisierten Kriminalität und verstärkte Maßnahmen gegen den internationalen Drogenhandel.

5. Sachsen soll eine unabhängige Justiz in Bürgerreichweite haben.

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns dafür ein, dass der Rechts- und Justizstandort Deutschland gestärkt wird. Wir erachten das Vertrauen der Bürger in die Unabhängigkeit einer konsequenten Justiz als eines der wichtigsten Güter in unserem Rechtsstaat. Sie gilt es unbedingt zu erhalten. Unsere Justiz verwendet verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen, die wichtig für unsere Wirtschaft aber auch für ausländische Investoren sind. Diese Standortvorteile durch „Law Made in Germany“ wollen wir fortentwickeln. Die vorgesehenen Strafmaße für bestimmte Straftaten, zum Beispiel gegenüber Kindern, halten wir für unzureichend und überarbeitungswürdig.

Dafür stehen wir FREIEN WÄHLER:

- Wir wollen, dass Opfer von Straftaten eine schnelle und unbürokratische Betreuung und Entschädigung erhalten. Schwer oder wiederholt straffällige gewordene Ausländer sollen ausgewiesen werden.
- Jede Behörde der Polizei, Justiz und Gerichtsbarkeit sollte über Opferschutzbeauftragte verfügen, welche zur Zusammenarbeit mit allen Opferschutzeinrichtungen (auch ehrenamtlichen Vereinen) im Sinne des Opfers verpflichtet sind.
- Der Opferschutz sollte äußerste Priorität im Gerichtsverfahren haben, deshalb fordern wir mehr Gerichtsgebäude mit der Möglichkeit der Vernehmung von sensiblen Geschädigten. Das Opfer muss nicht dem Täter im Gerichtssaal in die Augen blicken.
- Außergerichtliche Möglichkeiten zur Streitschlichtung sollen mehr genutzt werden, um Gerichte zu entlasten. Zur Entlastung der Gerichte sollen auch Beschwerden gegen Asylbescheide in Zukunft schneller abgehandelt werden. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene ein.
- Wir plädieren für beschleunigte Verfahren bei sogenannten Bagatelldelikten und eine deutliche Erhöhung des Strafmaßes bei Straftaten gegenüber Kindern.
- Die Privilegierung von Heranwachsenden zwischen 18 und 21 Jahren im Jugendstrafrecht bei schweren Straftaten wollen wir zum Schutze der Allgemeinheit überdenken.
- Wir legen Wert darauf, die Unabhängigkeit der Justiz zu wahren und ein Ende politischer Einflussnahmen auf staatsanwaltschaftliche Entscheidungen herbei zu führen. Dem dient eine eigenständige Verwaltung und Verantwortung der Justiz in finanzieller und organisatorischer Hinsicht. Ebenso werden wir die Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte der Richterschaft bei Personalentscheidungen stärken und die Einflussnahme durch die Politik beenden.
- Eine wohnortnahe Justiz, damit die Einrichtungen der Rechtspflege den Bürgern flächendeckend zur Verfügung stehen und eine bessere Personal- und Sachmittelausstattung, sind zwei Seiten einer Medaille und sichern den Anspruch des Bürgers auf die Gewährung effektiven Rechtsschutzes.
- Um die Sicherheit in den Einrichtungen unserer Justizbehörden zu gewährleisten, brauchen wir auch hier mehr gut bezahlte Justizvollzugsbedienstete, welche nicht im einfachen Dienst angesiedelt sein dürfen.

6. Familienfreundliche Kommunen haben Zukunft.

Familie ist überall dort, wo sich Erwachsene um das behütete Aufwachsen von Kindern kümmern, sie fordern und fördern. Der Schutz der Familie ist für den Fortbestand Deutschlands von hoher Bedeutung. Wenn junge Menschen nicht mehr an Nachwuchs denken, sich von Kindern eher behindert fühlen – zum Beispiel in der Karriere – dann hat dies schwerwiegende Konsequenzen – beispielsweise für die deutsche Wirtschaft und die Sozialsysteme.

Die notwendige Zuwanderung von Fachkräften und Integration erfordert Toleranz, Sensibilität und Gemeinsinn, aber auch klare Regelungen. Wer gebraucht wird, sich in unsere Gesellschaft produktiv einbringt und integriert, ist uns herzlich willkommen, auch mit seinen Kindern und Kindeskindern. Sachsen muss aber auch in Zukunft Menschen mehr dabei unterstützen, ihre bestehenden Kinderwünsche auch umsetzen zu können. Familienfreundliche Kommunen sind ein wichtiges Umfeld, aber auch Regelungen im Steuerrecht oder bei den Arbeitszeiten spielen eine wichtige Rolle. Auch berufliche Karrieren sollten mehr Rücksicht auf Familiengründungen ermöglichen.

Frauen sollten die Möglichkeit bekommen, über eine Quotenregelung gefördert zu werden. Sie haben ein Recht darauf, familienbedingte Kurzarbeitszeit nach Bedarf zu erhalten und danach auch wieder abzuwählen.

Wir brauchen in den Kommunen Wohnraum für jeden Geldbeutel und auch Grundstücke für Eigenheimbauer. Es gilt, Angebot und Nachfrage in Einklang zu bringen. Von Enteignungen und anderen sozialistischen Phantastereien halten wir nichts. Der Wohnungsmarkt ist aus verschiedenen Gründen aus den Fugen.

Dafür stehen wir FREIEN WÄHLER:

- Flexible und verlängerte Öffnungszeiten von Kitas, welche aber durch das Land finanziert werden müssen. Es darf keine Ferienschlusszeiten geben.
- 24 Stundenkitas für Schichtarbeiter während der Nachtschicht
- Verbesserung der Betreuungsschlüssel in Kitas und Horten
- Finanzielle Förderung von Leihgroßeltern
- Erhöhung vom Pflegegeld für Pflegefamilien
- Freie gesunde Mahlzeiten und Getränke in den Kitas
- Für die Einführung eines zinslosen Elternkredits als echte Unterstützung in der Familienplanungsphase.
- Wir unterstützen die Kommunen hin zu mehr Familienfreundlichkeit.
- Die Eigenheimzulage soll mit besonderer Förderung von Altbaumodernisierungen im ländlichen Raum gewährt werden.
- Junge Menschen brauchen ein vom Einkommen der Eltern unabhängiges BAföG, um beizeiten auf eigenen Beinen zu stehen wie ihre Altersgenossen in der beruflichen Ausbildung.
- Wir setzen auf die Weiterentwicklung des Ehegattensplittings zum Familiensplitting. 1600 Euro für jedes Familienmitglied sollen monatlich steuerfrei sein. Außerdem soll für Familien ein pauschaler Steuersatz von 25% gelten. Bei Pflege zu Hause steigt der Steuerfreibetrag für den Senior auf 2000 Euro. Damit erreichen wir eine Vereinfachung des Steuerrechts und ein Ende der ungerechten Besteuerung kleiner Renten an der richtigen Stelle.
- Wir fordern die Vereinfachung der Beantragung von Pflegestufen.
- Wir fordern die Einführung des 8. März als Feiertag zur Würdigung der Leistungen der Frauen in Sachsen

Die FREIEN WÄHLER Sachsen wollen außerdem nach ihrem Einzug in den Landtag ein „Kindergeld vor der Geburt“ einführen und das Landeserziehungsgeld für Eltern verbessern. Voraussetzung ist der Wohnsitz in Sachsen seit mehr als 5 Jahren. Das „Kindergeld vor der Geburt“ soll die Kosten für die Erstausrüstung abfedern. Beim „Kindergeld vor der Geburt“ werden den Eltern in der Schwangerschaftszeit monatlich vom Land fiktiv 200 Euro gutgeschrieben. Nach der Geburt erfolgt die Auszahlung von einmalig 1800 Euro. Wir schaffen damit auch mehr Augenmerk und Verantwortung für das ungeborene Leben. Das Landeserziehungsgeld soll massiv vereinfacht und aufgestockt werden.

Die Landeszuwendungen sollen auf Hartz-4-Sätze angerechnet werden, um keine falschen Anreize auszulösen. Ziel muss ein kurzfristiger Verbleib im Hartz-4-Status bleiben.

Bisher gibt es in Sachsen ein geringeres Landeserziehungsgeld und zahlreiche Einschränkungen, Voraussetzungen und Anrechnungen. Erkennbar ist, dass neben dem guten Zweck, die Zahl der Anspruchsberechtigten gedrückt werden sollte.

Mehr in Sachsen geborene Kinder sind eine notwendige und langfristige Anstrengung wert. Wir spüren ja schon, dass sich die Kinderzahl im Besonderen und die Bevölkerungszahl allgemein als wichtige Standortfaktoren entpuppen.

7. Wir müssen Bildung wieder den Vorrang einräumen.

Europäische Vergleichsstudien haben gezeigt, dass Deutschland auch mit Blick auf die Schulbildung nur noch Mittelmaß ist. Der gute Stand von Sachsen, muss in den naturwissenschaftlichen Fächern weiter gehalten und in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern ausgebaut werden. Doch erheblicher Unterrichtsausfall durch Lehrermangel bedroht dies. Wir FREIEN WÄHLER Sachsen sind der Meinung, dass gute und erfolgreiche Schul- und Berufsausbildung nicht von den persönlichen und finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses abhängen dürfen. In den öffentlichen Haushalten müssen die Bildungsausgaben Priorität haben. Eine gute Bildung und Ausbildung junger Menschen ist die Zukunftsressource unseres Landes. Die FREIEN WÄHLER Sachsen stehen für die Vielfalt der staatlichen und privaten oder kirchlichen Schulen. Die Fachkräfte, die so dringend weltweit gesucht werden, sitzen heute noch auf der Schulbank. Es liegt an uns, welche Qualifikation unsere Kinder und Enkel haben werden. Wir fordern die Rückkehr zu ortsnahen Schulen bis zur Klassenstufe 6 (gymnasialer Lehrplan als Orientierungsstufe) und erst dann eine individuelle Auswahl des weiteren Bildungsweges.

Frühkindliche Bildung stärken

Frühkindliche Bildung wirkt sich nachhaltig positiv auf die zukünftigen Bildungs- und Lernprozesse unserer Kinder aus und trägt maßgeblich dazu bei, Chancengleichheit zu schaffen. In den ersten Lebensjahren bis zum Grundschuleintritt wird die Basis für die Entwicklungs- und Bildungschancen unserer Kinder gelegt. Frühkindliche Bildung heißt Bildung und ist damit vom Freistaat zu finanzieren. Deshalb müssen die Gebühren der Kindergärten und Hort abgeschafft werden. Die Mehrkosten hat allerdings das Land aus dem Steueraufkommen zu tragen. Wir FREIEN WÄHLER stehen für möglichst gleiche Chancen für alle Kinder für den Start ins Schulleben. Geeignete Angebote im Rahmen der familiären Betreuung sowie in Kindertageseinrichtungen sind nötig. Wir wollen ausreichendes, gut ausgebildetes und angemessen bezahltes Personal in den Einrichtungen.

Inklusion und Förderung

Die Früherkennung von besonderem Förderungsbedarf ist von großer Bedeutung. Neben der Inklusion soll die – im Gegensatz zu anderen Bundesländern – gut ausgebaute Förderschullandschaft in Sachsen erhalten und weiter gefördert werden. Jedoch sollte dabei der Fokus auf eine Inklusion gelegt werden.

Wohnortnahe Schulen

Angestrebt wird zudem die wohnortnahe Versorgung der Schüler. Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte nach modernsten Gesichtspunkten über die Landesgrenzen hinaus sind für unsere exportorientierte Wirtschaft lebensnotwendig. Die Wohnortnähe hat Vorrang vor vielen anderen Kriterien.

Eigenständige Schulen

Die FREIEN WÄHLER Sachsen unterstützen die Eigenständigkeit der Schulen. Ein individuelles und unverwechselbares Schulprofil ist das Kennzeichen einer guten Schule. Eine lebendige Schulgemeinde, in der Lehrerinnen und Lehrer, Schüler und Elternschaft nicht nur ihr fachliches Wissen, sondern auch ihre Kreativität einbringen, ist Voraussetzung für die Entwicklung eines solchen eigenständigen Profils, welches die Schule für alle Beteiligten zu „ihrer“ Schule macht. Die FREIEN WÄHLER Sachsen fordern deshalb größtmögliche Beteiligung und Einbeziehung auch der Eltern bei der Gestaltung des Schulalltags. Die Schulleiter und –innen müssen für Managementaufgaben und die effiziente und nachhaltige Verwaltung eines eigenen Schulbudgets ausgebildet werden.

Berufsbildung stärken

Eine gute berufliche Bildung ist in Sachsen nicht nur segensreiche Tradition, sondern auch Grundlage unserer wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Präsenz. Sie ist die Grundlage unserer mittelständischen Wirtschaft. Die Berufsschulzentren, Berufsakademien und Fachhochschulen sind in ihrer Bedeutung zu stärken. Wir FREIE WÄHLER fordern eine deutliche Aufwertung der beruflichen Bildung – Forschungsmittel für Berufsschulzentren könnten mehr Innovationsschübe auch im ländlichen Raum bewirken. Das duale Ausbildungssystem hat sich über Jahrzehnte bewährt. Hervorragend ausgebildete Facharbeiter bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft. Wir wollen, dass die berufliche Ausbildung in der Bildungspolitik wieder aus dem Schatten der akademischen Ausbildung hervortritt und deutlich stärker gefördert wird als bisher.

Eine unbezahlte Berufsausbildung muss der Vergangenheit angehören. Die Aufwertung von Berufsqualifikationen kann bis hin zur Gleichstellung mit einem hochschulischen Masterabschluss reichen. Die Qualifizierung zum Meister ist stärker zu unterstützen. Im Rahmen der beruflichen Erstausbildung sind diejenigen besonders zu beachten, die sich aus verschiedenen Gründen schwer tun, einen Ausbildungsplatz zu finden. Im Bereich der beruflichen Weiterbildung muss vor allem die Durchlässigkeit von beruflicher und akademischer Bildung weiter verbessert werden. Insbesondere soll die Anerkennung beruflicher Abschlüsse an den Hochschulen weiter ausgebaut werden, um das Hochschulstudium für beruflich Gebildete inhaltlich und zeitlich attraktiver zu machen.

Junge Menschen fordern und fördern

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Sie bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit und des Schutzes von Politik und Gesellschaft. Wir FREIEN WÄHLER sehen die Jugendpolitik als Schnittstelle zu unterschiedlichen Bereichen wie Bildung und Ausbildung, Gesundheit und Jugendschutz, Medien und Kultur sowie außerschulischen Betreuungs- und Fürsorgeleistungen. Wir fordern die Rückkehr zum Fach „Praktische Arbeit“, das ab der 7. Klassenstufe in allen Schularten mehrstündig in Unternehmen durchgeführt wird. Dazu sind Kooperationen mit Unternehmen und den Handwerkskammern einzugehen. Die Kurzpraktika könnten dafür entfallen. Es geht nicht platt um einen erneuten DDR-Rückgriff, aber wir alle wissen, dass die berufliche Orientierung und die ökonomischen Kenntnisse gelitten haben. Die bisherigen

Verbesserungsversuche, auch mit kleinen Praktikumsphasen, welche oft nur in einem Berufszweig erfolgten, haben zu wenig gebracht.

Der praktische Unterricht soll von Ausbildern der Unternehmen mit Unterstützung der Kammern gestaltet werden. Das Lehrpersonal kann zur Linderung der Personalnot entlastet werden. Zeitlich genutzt werden sollen die Stunden „Rechtserziehung/Wirtschaft“ und „Profilstunden“, so dass keine Mehrbelastung in der Stundentafel für Schüler erfolgt. Wenn der Chemie- oder Physikunterricht ebenfalls in Räumlichkeiten des betreffenden Unternehmens stattfinden kann, ist sogar ein gesamter Schultag im Unternehmen ohne zusätzliche Fahrten der Schüler möglich.

Dafür kämpfen wir FREIEN WÄHLER:

- Alle sollen gerechte Bildungschancen haben, eine heimatnahe Schule/Ausbildung erfahren und insbesondere Arbeitsplätze für Jugendliche in der Heimat angeboten werden.
- Wir fordern eine Verringerung der Maximalklassenstärke.
- Dazu gehört, ein Praktikum zu honorieren und die wertorientierte Jugendarbeit weiter auszubauen, indem die Jugendorganisationen und freien Trägern bedarfsgerecht ausgestattet werden.
- Außerdem fördern wir das Interesse an Vereinsmitgliedschaften und ehrenamtlichen Engagements. Vor allem Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien soll der Zugang zu einer sinnvollen wie pädagogisch hochwertigen Jugend- und Vereinsarbeit gewährt werden.
- Wir fordern eine freie Vereinsmitgliedschaft (mit maximal 250 € pro Jugendlichen pro Jahr), egal ob Sport-, Angel- oder ein anderer Verein. Kostenübernahme erfolgt durch das Land.
- Wir unterstützen die bessere Zusammenarbeit von Schul-, Jugend- und Vereinsarbeit sowie zwischen Schule und Wirtschaft. Das ist aus unserer Sicht besserer Kinder- und Jugendschutz und bessere Prävention. Dazu gehört neben wohnortnahen Schulen und Kindergärten auch mehr politische Bildung zur Stärkung Jugendlicher gegen extremistische Einflüsse sowie eine ideologiefreie Bildungspolitik.
- Wir fordern die Förderung freier Bildungsträger mit individuellen anerkannten Bildungskonzepten, so dass diese die Möglichkeiten besitzen, ihr Lehrpersonal den staatlichen Schulen im punkto Bezahlung gleich zu stellen.
- Wir stehen zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Praktisch hat es sich als sinnvoll erwiesen, das bewährte Förderschulsystem grundsätzlich zu erhalten und immer abzuwägen, was für das Kind das Beste ist.
- Wir wollen eine Schulaufsicht, die stärker die Rolle des Qualitätsmanagers bekommt.
- Lehrereinstellung sind in Zukunft werktätlich vorzunehmen und nicht nur zweimal im Jahr. Zusätzlich sind weitere Lehrer auszubilden sowie Ganztagschulangebote und die Schulsozialarbeit weiter zu verbessern.
- Wir betrachten den kostenlosen Schülertransport als Landesaufgabe, denn für die Ausdünnung des Schulnetzes und längere Wege aufgrund von Schulschließungen können die Kinder und deren Eltern nichts und die Jungen und Mädchen haben eine Schulpflicht.
- Wir betrachten die kostenlose gesunde Schulspeisung als eine Verpflichtung des Landes zur Gesunderhaltung unserer Kinder.
- Wir werden eine bessere finanzielle Ausstattung der berufsbildenden Schulen – u.a. mit Forschungsmitteln (Kooperationen mit Berufsakademie, Fachhochschulen und Unternehmen ermöglichen) in Angriff nehmen.
- Lebenslanges Lernen mit guten Bildungsangeboten zu fördern, ist ein guter Weg, um der Altersarmut entgegenzusteuern. Eigene Verdienstmöglichkeiten wollen wir stärken.

- Wir fordern auch die turnusmäßige Weiterbildung aller Lehrkräfte und Erzieher in Erster-Hilfe.
- Eine optimale Förderung der dualen Ausbildung mit stärkerem Einbezug der Wirtschafts- und Handwerksbetriebe für Lehrstellen ist uns wichtig.
- Entgeltlose Ausbildungen lehnen wir ab.
- Wir unterstützen und fördern aktiv den Schüleraustausch innerhalb Europas zum Zwecke der Völkerverständigung und des europäischen Gedankens.

8. Wir erhalten unser Kulturland Sachsen und entwickeln es weiter.

Unsere Kultur hat sich im letzten Jahrhundert aus einer weitgehend homogenen christlichen Kultur zu einer säkularen Gesellschaft mit differenzierten Lebensentwürfen entwickelt. Wir erkennen die Prägekraft des christlichen Glaubens für unsere Kultur einerseits an und unterstützen andererseits alle Lebensentwürfe, die der Entwicklung unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft dienen. Diese offene, sich entwickelnde Kultur wird vor allem durch Erziehung und Bildung vermittelt und stabilisiert. Deshalb muss einerseits den Kindern und andererseits allen Formen der Erziehung und Bildung die besondere Förderung durch den Freistaat gelten. Alle Kulturfelder und deren Einrichtungen sind Ausdruck unserer Identität. Dazu gehören auch der Schutz und die Förderung der nationalen Minderheit in Sachsen, der Sorben.

Maßnahmen, die dazu dienen, dass sich die Menschen vermehrt mit Kultur auseinandersetzen und kulturelle Angebote wahrnehmen, werden von den FREIEN WÄHLERN Sachsen unterstützt. Nur durch aktive Beteiligung entwickelt sich eine lebendige Kultur weiter. Dazu gehört für uns auch die Wertschätzung unserer Heimatregionen, für die wir eine besondere Verantwortung wahrnehmen. Darunter verstehen die FREIEN WÄHLER Sachsen auch die Erhaltung der historischen Innenstädte und der Einzel- sowie Flächenkulturdenkmäler im ländlichen Raum. Das Kulturraumgesetz, welches maßgeblich Kultur und Kultureinrichtungen dauerhaft fördert und einzigartig in der Bundesrepublik ist, soll erhalten bleiben. Auch hier spielt, wie in vielen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens, die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, ehrenamtliche Aufgaben im persönlichen Umfeld zu übernehmen, eine wichtige und prägende Rolle. Die FREIEN WÄHLER Sachsen erkennen diese Leistungen nachdrücklich an und unterstützen sie.

Kultur und Medienvielfalt stärken

Eine bunte Medienlandschaft garantiert Meinungsvielfalt. Der Erhalt von lokalen Fernseh- und Radiosendern sowie Zeitungen ist von entscheidender Bedeutung für alle Regionen. Sie sind die Berichterstatter des lokalen und regionalen Geschehens in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Sport, die beim Bürger vor Ort auf hohe Akzeptanz stoßen und die Identifikation der Bewohner mit ihrer Region und ihrer Heimat stärken. Wir FREIE WÄHLER wollen Kunst und Kultur aktiv pflegen und fördern und damit Tradition und Brauchtum bewahren und die geistigen und ethischen Werte unserer Heimat für nachfolgende Generationen sichern.

Dazu zählen der Erhalt und die Pflege von Baudenkmalern wie Schlösser und Burgen, aber auch Museen und Galerien, Theater und Kinos, Orchester und Musikvereine sowie Bibliotheken, Archive, Sprache und Gebräuche. Für uns kommt dabei den Kommunen eine tragende Rolle zu. Gerade sie sind gefordert, Kunst und Kultur zu fördern. Kulturelle Identität ist die Voraussetzung

dafür, dass Bürger aktiv und kritisch am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist eine florierende Kultur- und Kreativwirtschaft. Neben der Förderung neuer Geschäftsmodelle bedarf es dabei unterstützender Maßnahmen im Bereich der Kompetenzentwicklung, Kapitalbeschaffung und Erschließung neuer Märkte. Eine regionalisierte Kulturpolitik mit dezentraler Entscheidungskompetenz trägt dem Erhalt der kulturellen Vielfalt in den einzelnen Regionen Sachsens am Besten Rechnung.

9. Vorsorge, Barrierefreiheit und medizinische Betreuung in der Nähe sind aktive Seniorenpolitik.

Gesundheitspflege und Vorsorge für den Krankheitsfall

Gesundheitspflege und die Vorsorge für die umfassende Versorgung erkrankter Menschen sind zentrale, alltägliche Anliegen unserer Gesellschaft. Für diesen Bereich sozialer Sicherung ist die demografische Entwicklung eine große Herausforderung, weil einerseits die Zahl der beitragszahlenden Krankenkassenmitglieder sinkt, andererseits die höchsten Kosten im Gesundheitswesen naturgemäß in den zahlenmäßig wachsenden höheren Altersgruppen entstehen. In dem Maß, in dem Patienten, Ärzte und Krankenhäuser eigenverantwortlicher im Umgang mit kostenintensiven Gesundheitsgütern werden müssen, sollten Kostenträger in einen freien, weitgehend selbst regulierenden Wettbewerb eintreten, der Kreativität und Eigeninitiative fördert und damit hilft, Kosten zu senken ohne Qualität zu reduzieren. Gesundheitsbewusstes Leben und kostenbewusster Umgang mit Leistungen muss für die Versicherten sichtbar werden und sich auszahlen, damit Anreize geschaffen werden, keine vermeidbaren Risiken einzugehen. Unverzichtbare Faktoren im gesamten Gesundheitssystem müssen die Qualitätsorientierung der Leistungen sowie ausgleichende Regelungen für Einkommensschwache bleiben, wobei schulmedizinische und anerkannte alternative Heil- und Hilfsmethoden gleiche Chancen haben sollen.

Für ein leistungsfähiges und solidarisches Gesundheitswesen

Gesundheit ist für jeden Menschen das kostbarste Gut. Deshalb ist eine gute medizinische Versorgung der sächsischen Bevölkerung gleich welchen Alters unabhängig vom Wohnort oberstes Gebot. Wer im Gesundheitswesen die Solidarität erhalten und die Qualität stärken will, muss zu mutigen Reformen bereit sein.

Qualität der Versorgung sichern und stärken

Unter-, Über- und Fehlversorgungen müssen vermieden werden. Die FREIEN WÄHLER Sachsen setzen sich dafür ein, dass die medizinisch notwendige Versorgung für alle Bevölkerungsteile finanzierbar bleibt. „Polikliniken“ müssen eine gesundheitliche Basisversorgung auch in der Fläche sichern. Die einschränkenden Arztbudgets gehören abgeschafft. Dann reduzieren sich auch Terminprobleme und Wartezeiten. Als erster Ansprechpartner vor Ort soll es wieder eine Gemeindeschwester geben. Das muss keine Frau sein - Männer sind ebenso erwünscht. Dazu muss auch ein staatlich finanziertes System der hausärztlichen Grundversorgung, vor allem auch im ländlichen Bereich, geschaffen werden.

Flächendeckende Krankenhausversorgung

Die FREIEN WÄHLER Sachsen sprechen sich nachdrücklich dafür aus, eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Gesundheitsleistungen, insbesondere Krankenhausleistungen, als Aufgabe der Daseinsvorsorge beizubehalten und die Effektivität durch Vernetzung der ambulanten Versorgungsstruktur zu erhöhen. Die gute Durchmischung der Trägerstruktur ist ebenfalls beizubehalten. Vom Land werden kostendeckende Mittel für Ersatzinvestitionen gefordert. Kein Krankenhaus darf diesbezüglich zu Kürzungen im Personalbudget gezwungen werden.

Klarheit bei betrieblicher Altersvorsorge und Direktversicherungen

Die gesetzliche Rente als 1. Säule der Altersvorsorge ist unantastbar. Eine Angleichung der Ost- und West- Renten auf ein gleiches Niveau stellt dabei die Grundvoraussetzung dar.

Die Betriebliche Altersvorsorge (BAV) muss dabei unterstützt werden und ist als 2. Säule unbedingt stabil und ertragreich zu halten. Daher ist der mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz der Gesetzlichen Krankenkassen (GMG) vom 14.11.2003 erfolgte Eingriff in die bestehenden Altverträge der Betrieblichen Altersvorsorge und Direktversicherungen ohne jegliche Bedingungen zurück zu nehmen. Die FREIEN WÄHLER Bayern setzen sich wie die FREIEN WÄHLER Sachsen für die Beendigung der Doppel-/Mehrfachverbeitragung ein. Dieses Thema haben die FREIEN WÄHLER Bayern 2018 im Koalitionsvertrag mit der CSU verankert. Auf Initiative der Bayerischen Landesregierung hat der Bundesrat im April 2019 eine EntschlieÙung verabschiedet, mit der die Bundesregierung aufgefordert wird:

- die Mehrfachverbeitragung sofort zu stoppen,
- die Freigrenze abzuschaffen und sie in einen Freibetrag umzuwandeln.
- die Betroffenen, in deren Verträge rückwirkend eingegriffen wurde, finanziell zu entschädigen.

Diese EntschlieÙung unterstützen die FREIEN WÄHLER Sachsen.

Die **Freien Wähler Sachsen** stehen voll und ganz zur Betrieblichen Altersvorsorge, denn sie ist ein wesentlicher Beitrag zur Verhinderung von Altersarmut und trägt zum sozialen Frieden in der Bevölkerung bei. Die Politik hat die Menschen ermutigt, selbst vorzusorgen. Die Menschen erwarten jetzt zu Recht, dass es in solchen langfristigen Fragen eine konsequente Regelung gibt.

Behinderung

Menschen mit Behinderungen brauchen ein Umfeld, in dem sie ihren Fähigkeiten entsprechend ein selbstbestimmtes Leben führen können. Voraussetzung dafür ist auch, dass öffentliche Verkehrsräume sowie öffentliche Gebäude barrierefrei geplant und gestaltet und damit für Behinderte zugänglich werden. Psychologische Betreuung, Zugang zu technischen Hilfsmitteln und die Pflege sozialer Kontakte müssen für behinderte Menschen gewährleistet sein. Die Freien Wähler Sachsen setzen sich für den Aufbau von wohnortnahen Systemen gut vernetzter altersgerechter, gerontologischer, pflegerischer und sozialer Betreuungsangebote im ambulanten, tagesbetreuten und stationären Bereich ein. Projekte wie „Betreutes Wohnen“ oder „Haus der Generationen“ werden von den FREIEN WÄHLERN Sachsen unterstützt. Angebote und Hilfen für demenziell erkrankte

Menschen müssen erweitert werden. Im gesamten Bereich der Betreuung - heute ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor - müssen allgemein gültige Pflegestandards gelten, die regelmäßig sowohl im ambulanten als auch im Heimbereich überprüft werden. Die Würde der pflegebedürftigen Menschen ist, auch und gerade wenn diese ihren Willen nicht mehr selbständig artikulieren können, unbedingt zu gewährleisten. Für pflegebedürftige Menschen ist es wichtig, gut und umfassend betreut zu sein. Dazu gehört auch genügend Zeit. Der Gedanke ambulanter flächendeckender Pflege, sollte immer Vorrang vor stationärer Pflege haben und gleich vergütet werden.

Die FREIEN WÄHLER Sachsen unterstützen den Ausbau der ambulanten und stationären Hospiz-Einrichtungen. Insgesamt gilt, dass der Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe wieder mehr in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt werden muss. Eigenverantwortlichkeit statt Rundumversorgung, Kostenbewusstsein statt „ist-ja-nicht-mein-Geld“-Mentalität und Solidarität statt Anspruchsdenken sind die Ziele einer veränderten Beziehung zwischen Sozialstaat und Bürgerschaft.

Inklusion: „Behinderung und Alter müssen nicht gleich ein Handicap sein“.

Der Abbau von Zugangsbarrieren muss allumfassend verstanden werden, dies gilt zum Beispiel auch bei Gestaltung von Internetseiten oder dem Abfassen behördlicher Schreiben in einfacher Sprache, frühzeitige Einbindung von Behindertenverbänden bei der Planung öffentlicher Vorhaben, Ausbau von Unterstützungsleistungen (persönliches Budget, Blindengeld usw.) um selbstbestimmtes Leben zu gewährleisten. Wir FREIEN WÄHLER Sachsen sehen uns als Anwälte der „Ohnmächtigen“, die keine Chance sehen, den übermächtigen, alles regulierenden und uns überwachenden Staatsapparat und die Regelungswut einiger politischer Gruppen und Behörden zu bremsen.

Aktiv im ALTER

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns zum Ziel, Senioren stärker in die Gesellschaft einzubinden. Unsere Seniorenpolitik will den reichhaltigen Erfahrungsschatz der Älteren wesentlich stärker berücksichtigen. Die älteren Bürger wertzuschätzen und ihre Potenziale anzuerkennen, ist uns wichtig.

Den demographischen Wandel aktiv gestalten

Der demographische Wandel hat Sachsen bereits erkennbar verändert. Wir müssen in vielen Bereichen umdenken. Insbesondere in ländlichen Gebieten spüren die Menschen bereits die dramatischen Auswirkungen auf unsere Gesellschaft. Die etablierten Parteien unterschätzen dieses entscheidende gesellschaftspolitische Zukunftsproblem. Wir wollen uns verstärkt darum bemühen, unser Handeln auf den demographischen Wandel auszurichten und die negativen Folgen langfristig so weit wie möglich abzumildern. Die Familie ist für uns Keimzelle der Gesellschaft und sie soll es bleiben.

Dafür stehen wir FREIE WÄHLER:

- Wir unterstützen eine Mehrgenerationenpolitik, die den Gedanken der Teilhabe ins Zentrum rückt. Dazu gehört eine wohnortnahe Bereitstellung von Gütern des täglichen Lebens, Bildungseinrichtungen und medizinischer Versorgung.

- Wir werden das ehrenamtliche, soziale und kommunale Engagement der Generation 65+ besser unterstützen.
- Die Betreuung von behinderten und älteren Menschen im ambulanten und stationären Bereich werden wir verbessern und uns für mehr Ärzte im ländlichen Raum einsetzen.
- Wir stehen für „ambulant vor stationär“ und leistungsgerechte Refinanzierung durch die Kranken- und Pflegekassen.
- Wir stehen für die schnelle Anerkennung von bereits hier arbeitenden Pflegefachkräften aus dem europäischen Raum und unterstützen zielgerechte Zuwanderung von Pflegefachkräften aus nichteuropäischen Ländern.
- Wir werden die Abwanderung aus den ländlichen Räumen durch den Ausbau und Erhalt einer modernen Arztversorgung in der Fläche (Gemeindeschwestern) begrenzen.
- Wir werden eine bessere infrastrukturelle Erschließung des ländlichen Raums und eine leistungsfähige Senioren - Infrastruktur in den FokKlimascus nehmen. Dazu gehören ein verlässlicher und flexibler öffentlicher Personennahverkehr und eine wohnortnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Lebens und medizinischer Versorgung durch Haus - und Fachärzte in allen Regionen.
- Dezentrale Verwaltungsstrukturen und aktive Familienförderung wollen wir stärken.
- Unterstützung und Förderung von sozialen Projekten in Pflegeeinrichtungen, wie die Integration von Kindergarten/Pflegeheim oder Tierkontakt in Pflegeheimen.
- Behindertentoiletten in allen öffentlichen Behörden, welche leicht zu erreichen sind.

10. Mit ÖPNV kann man überall in Sachsen mobil sein.

Mobilität ist ein Grundbedürfnis unserer modernen Gesellschaft und wesentlicher Bestandteil für unsere Wohlstandssicherung.

Im ländlichen Raum bedeutet Mobilität Freiheit. Der öffentliche Personen- und Nahverkehr muss wiederbelebt werden. Rein wirtschaftliche Gesichtspunkte dürfen nicht das Kriterium für den Ausbau der ÖPNV im ländlichen Raum sein. Vielmehr muss der Bedarf der Bevölkerung in den Fokus gerückt werden. Eine Vielzahl von Ortschaften dürfen kein unerreichbares Land sein.

Auch zahlt der Bürger Steuern und bekommt aus Sicht der FREIEN WÄHLER dafür zu wenig Gegenleistung bei der Instandhaltung und beim Straßenbau. Gerade durch die zentrale Lage unseres Freistaates in Europa sind leistungsfähige Transportwege für die Bürger und die Wirtschaft unerlässlich. Unsere Mobilität ist im Wandel. Die steigenden Erdölpreise, Umweltschutz und neue Bedarfsentwicklungen für individuelle Mobilität, vor allem in Ballungszentren, erfordern eine nachhaltige Finanzierbarkeit und eine sinnvolle Ökologisierung des Verkehrs. Einem Mischkonzept aus ÖPNV, verbrauchsarmen Fahrzeugen und neuen Antriebsformen gehört die Zukunft. Der Automobilstandort Sachsen muss deshalb in Zusammenarbeit mit den Forschungseinrichtungen weiterentwickelt werden.

Dafür stehen wir FREIEN WÄHLER:

- Wir fordern einen flächendeckenden Ausbau des ÖPNV und eine dauerhafte Anbindung aller Ortschaften, verbunden mit der Erhaltung des Straßenausbaues auf hohem Niveau.

- Wir wollen ein gebietsüberschreitendes ÖPNV System mit einem einheitlichen Tarifsystem
- Kostengünstiges Jobticket innerhalb von Sachsen und der ersten angrenzenden Tarifzone außerhalb Sachsens
- WLAN in allen ÖPNV
- kostengünstige, mit den Jobticket verbundene Parkplätze an den ÖPNV-Anbindungsknoten und an jedem Autobahnzubringer
- Anbindung aller sächsischen Großstädte an das ICE-Netz der Deutschen Bahn
- Dezentrale Verkehrsinfrastruktur ist uns wichtiger als unsinnige Prestigeprojekte.
- Die Berücksichtigung der Anforderungen an barrierefreie Mobilität bei allen Verkehrsprojekten liegt uns am Herzen.
- Wir unterstützen eine stärkere Erprobung und Fortentwicklung neuer Mobilitätskonzepte, wie zum Beispiel Bürgerbusse und Car-Sharing (Autoteiler).
- Wir fordern ein Verbot der Gigaliner auf Straßen. Autobahnabfahrten, Brücken, Rastplätze und Kreuzungen sind dafür nicht ausgerichtet. Die Testphase ist beendet.
- Hingegen ist jedem klar geworden: Kreisverkehre machen den Verkehr flüssiger und sparen noch Energie. Wir müssen mehr davon bauen und Ampeln, gerade auf Landstraßen, reduzieren.

11. Mittelstand, Handwerk und Freie Berufe schaffen seit Jahrhunderten eine gute Grundlage unseres Wohlstands. Daran halten wir fest.

Die sächsische Wirtschaft stellt innovative, weltweit anerkannte Qualitätsprodukte her. FREIE WÄHLER Sachsen unterstützen die Marke „**Made in Saxony**“. Als Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft setzen wir FREIEN WÄHLER Sachsen auf den Wettbewerb, auf die Tarifautonomie und das Leistungsprinzip. Der Schutz des Eigentums und die unternehmerische Entscheidungsfreiheit haben für uns einen hohen Stellenwert. Wir schätzen die Bedeutung des Mittelstands für die sächsische Wirtschaft. Um die unternehmerische Freiheit auch künftig sicherzustellen und kleine und mittlere Unternehmen gegenüber Großkonzernen nicht zu benachteiligen, muss der Mittelstand von übermäßigen bürokratischen Belastungen befreit und gefördert werden.

Wir FREIE WÄHLER sind uns der herausragenden Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für unser Gemeinwohl bewusst. Forschung generiert Innovationen und Fortschritt. Wir erkennen die Freiheit von Wissenschaft und Forschung an. Diese findet ihre Grenzen aber da, wo die Würde des Menschen berührt wird. Wir setzen voraus, dass die Freiheit von Wissenschaft und Forschung auch die Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen beinhaltet und diese mit ihren Ergebnissen nicht gefährdet.

Um Mittelstand und Industrie erfolgreich auf ein digitalisiertes Wirtschaften auszurichten, soll es einen Digitalbonus für kleinere und mittlere Unternehmen analog zu Bayern geben. Sachsen soll ein Standort für künstliche Intelligenz (KI) und autonomes Fahren werden und seine Vorreiterrolle in der EU durch „Silicon Saxony“ weiter ausbauen. Dazu gehört auch, Geschäftsmodelle der sogenannten Sharing Economy kritisch zu überprüfen und die Verbraucherrechte bei Vermittlungsplattformen der Sharing Economy sinnvoll zu stärken.

Smart Farming ist uns wichtig, Den Boden nachhaltig und ertragreich durch moderne Technologie zu bewirtschaften, ist sinnvoll. Aber: KI hin oder her - sie hat eine dienende Funktion. Am Ende entscheidet der Mensch. Auch künftig, Der Freistaat muss bis 2022 sachsenweit alle Mobilfunklöcher schließen und für alle Unternehmen eine leistungsfähige Internetverbindung bauen. 5G soll möglichst bis 2022 flächendeckend als Standard in ganz Sachsen funktionieren. Hierbei ist dem eigenwirtschaftlichen Ausbau Vorrang zu geben. Da der Tiefbau beim Verlegen der Glasfaser der Flaschenhals ist, sollen auch Überlandleitungen mit der temperaturunempfindlichen Glasfaser möglich sein. Das senkt die Kosten auf ein Viertel.

Das Ingenieurland Sachsen hat nur eine Chance auf hochwertige Technologie und guten Wohlstand, wenn es eine flächendeckende Vernetzung gerade „bis zur letzten Milchkanne“ gibt. Das ist nicht nur eine Frage der Lebensqualität, sondern eine vitale wirtschaftliche Frage. Deutschland hat grandios die neuen Technologien im Bereich der Kommunikation von Firma zu Kunde verschlafen. Die großen Marktführer sitzen in den USA (Amazon, Google) oder in Asien (Ali Baba). Da hilft auch nicht, den europaweiten Vergleich anzuführen. Die Mobilfunkabdeckung ist in Deutschland besonders schlecht. In diesem Bereich spielen wir leider eine tragende Rolle in den hinteren Bereichen und werden durch andere Länder im weltweiten Vergleich drastisch abgehängt.

Der neue Standard 5 G ist die Chance für die sächsische Wirtschaft, die verlorene Zeit aufzuholen und sich auf die die Kommunikation von Firma zu Firma und innerhalb von Firmen zu konzentrieren. Maschinenbauer, die ihre Maschinenparks intelligent vernetzen und bei smart production vorn liegen, haben eine gute Chance. Gesundheitliche Aspekte bedürfen noch Untersuchung. Die Voraussetzung dafür ist: flächendeckender 5 G Standard. Viele weltweit exportierende Firmen sitzen im ländlichen Raum. Auch der sächsische Mittelstand arbeitet „in der Provinz“. Das gilt auch für die digitalisierte Landwirtschaft (smart farming). Mobile 5 G Sensoren sind nicht für die Großstädte gedacht, sondern für ländliche Räume. Die Veräußerung der UMTS - Frequenzen hat dem Staat in schweren Zeiten hohe Einnahmen beschert, aber dazu geführt, dass der Netzausbau auf der Strecke blieb, weil die Firmen erst einmal dieses Geld wieder erwirtschaften mussten. Diese Bugwelle schieben die Firmen bis heute, 20 Jahre später, noch vor sich her.

Deutschland hängt in Europa bei der Digitalisierung weit hinterher. Sachsen muss sich von dieser Entwicklung nach vorne absetzen. Jedoch sollte Sachsen dabei nicht wieder vergessen für seine Sicherheitskräfte Ressourcen in diesem Bereich an sich zu binden. Sicherheitsbehörden müssen kostenfrei auf die neuen Netze zugreifen dürfen.

Dafür stehen wir FREIEN WÄHLER:

- Die kleinen und mittleren Unternehmen sind von überflüssiger Bürokratie, zum Beispiel beim Zuschusswesen, bei Genehmigungsverfahren, der Paragraphenpflicht für den Radius der Fahrten im Handwerk und dem Vergaberecht zu befreien. Daher ist eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung nötig, die die Ansiedlung von Unternehmen wieder stärker fördert und diese Fragen im Auge behält.
- Unternehmen sollen zukünftig Kammerbeiträge steuerlich absetzen können, denn Kammern erfüllen berufsorientierende, qualifizierende und qualitätssichernde Funktionen für Auszubildende. Die Gegenfinanzierung erfolgt aus der überfälligen Mehrwertsteuerreform.

- Wir befürworten die Einrichtung einer Serviceagentur zur Erleichterung der Beschaffung von Kreditmitteln für Unternehmen.
- Glasfaser in ganz Sachsen und für alle
- Schaffung eines Ministeriums für Digitales
- Wir setzen uns für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Existenzgründer, z.B. durch den Wegfall wesentlicher bürokratischer Pflichten in den ersten drei Jahren, ein.
- Die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, wie zum Beispiel im Bereich des Einzelhandels, indem z.B. Kapital aus der Region mehr in der Region angelegt wird, um die Zirkulation des eigenerwirtschafteten Kapitals regional zu verbessern, ist uns ein Anliegen.
- Wir unterstützen die Entwicklung von Modellen zur smart production der Fachhochschule Mittweida, um eine bessere Ansiedlung von Unternehmen, die als smart producer insbesondere kleinere und mittlere Städte aufwerten, vorzunehmen.
- Wir wollen attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs schaffen, insbesondere auch an den Standorten der Fachhochschulen und der Berufsakademien, damit Sachsen im Wettbewerb um die besten Köpfe flächendeckend besteht.
- Der Erhalt der Forschungsfreiheit hat für uns einen hohen Stellenwert: Materielles Gewinnstreben oder ideologisierende Kampagnen darf diese nicht gefährden.
- Wir unterstützen eine weitere Intensivierung der Forschungs- und Industriepolitik, um Sachsen als Standort für Wissenschaft und Forschung noch fester zu verankern und um im weltweiten Innovationswettbewerb, zum Beispiel im Bereich der Automobilindustrie als größtem Wirtschaftszweig Sachsens, weiterhin bestehen zu können. Denkbar wäre hier auch ein Verbund zur Schaffung neuer Produkte auf internationalen Märkten, die nur für diese Märkte entwickelt werden, z.B. im Maschinenbau.
- Der Erhalt der Wertschöpfungsketten unserer Industrien im Freistaat und damit die Sicherung des Standorts Sachsen für Produktion, Zulieferer, Dienstleister und die Beschäftigten hat für uns Bedeutung.
- Die Schaffung einer breiten Ansiedlung und Stärkung mittelständischer Strukturen in der Lausitz halten wir für möglich. Hier muss die bestehende Zuliefererstruktur von ihrer Abhängigkeit von den verlängerten Werkbänken wie z.B. bei Siemens Schritt für Schritt befreit werden, indem erfolgreiche Mittelständler eigene Werke mit Hauptsitzen in der Lausitz aufbauen können. Diese sind dabei auch vom Freistaat zu unterstützen, um diese Aufgabe auch stemmen zu können.
- Die FREIEN WÄHLER Sachsen befürworten ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild. Das Ziel muss sein, eine Fachkräfteanwerbung nach regionalem Bedarf durchführen zu können.

12. Landwirtschaft heißt der Landwirt schafft es, das Land, die Ökologie und die Wirtschaft zu vereinen. Ökologie und Ökonomie sind keine Gegensätze

Die sächsische Landwirtschaft: Ideologiefrei und Nachhaltig

In der Landwirtschaft ist bodenständiges Wirtschaften für uns ein wichtiges Thema. Es muss in der Agrarstruktur eine gewisse Vielfalt geben, um die Grundernährung der Bevölkerung importunabhängig sicherzustellen und gleichzeitig lokale Spezialitäten erfolgreich auf dem Markt zu bringen.

Heute werden ca. zwei Drittel der Landwirtschaftsfläche von großen Betrieben bewirtschaftet und ein Drittel von kleineren Produzenten. Sehr viele große Betriebe sind Agrargenossenschaften (sogenannte Mehrfamilienbetriebe) mit ortsansässigen Mitgliedern und sichern dadurch die gewollte breite Eigentumsstreuung auf dem Land. Es gibt einige sehr große Einzelunternehmen und in der Hauptsache sehr viele kleinere Einfamilienbetriebe. Die absolut meisten Flächen werden von allen Betrieben mit Getreide und Futterpflanzen für die Tiere bewirtschaftet.

Eine höhere Wertschöpfung ist durch den Anbau von Gemüse zu erreichen. Dafür müssen die subventionierten Importe, aus teilweise sehr weit entfernten Regionen (Abholzung des Regenwaldes muss gestoppt werden), unterbunden werden. Eine Bewässerung der Kulturen für eine global wettbewerbsfähige Obst und Gemüseproduktion muss durch große Innovationen ermöglicht werden, da die Grundwasserversorgung in Sachsen nicht in allen Gebieten gesichert ist. Die weltweiten Agrarsubventionen führen zu völlig verzerrten Wettbewerbssituationen und vernachlässigen komplett die in der Landwirtschaft typischen unterschiedlichen natürlichen Standortbedingungen. Das ist auch in Sachsen so. Hier wächst keine Baumwolle, kein Kaffee und keine Palme. Dafür hervorragend bestes Brotgetreide. Schon an der Küste in Mecklenburg ist dieser Brotweizen nicht zu produzieren! Diese natürlichen, gegebenen Bedingungen muss ein Landwirt der fachlich korrekt arbeitet dringend beachten. Auch eine ausgewogene Tierproduktion gehört zu der notwendigen Kreislaufwirtschaft. Die Rahmenbedingungen der Politik müssen auf den Erhalt der regionalen einheimischen Voraussetzungen gerichtet sein. Die Wahl der Rechtsform des bäuerlichen Betriebes überlassen wir den Landwirten. Es werden für die große Aufgabe: Ernährung der Bevölkerung mit hochwertigsten Nahrungsmitteln und gleichzeitiger Erhaltung unserer wunderschönen Heimat absolute Spitzenfachkräfte benötigt. Egal in welcher Rechtsform sie agieren. Und solange die Lebensmittelpreise derart niedrig sind, müssen diese Fachkräfte unterstützt werden. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Landeigentümern und den bäuerlichen Bewirtschaftern werden ausschließlich von diesen beiden Wirtschaftspartnern im Rahmen der geltenden Gesetze bestimmt. Die allermeisten Landeigentümer wollen heute nicht mehr selber Tiere halten und früh um 4 vor der eigentlichen Arbeit Gras mähen. Sie wollen von Profis regional erzeugte hochwertige Nahrungsmittel kaufen. Sie verpachten ihr Land nach ihrem eigenen Willen. Und zwar immer solange, wie sich beide Partner einigen. Die langfristigen Investitionen in Technik, Ställe und Hofläden erfordern für jeden Bauern eine Mindestlaufzeit der Pachtverträge. Egal welcher Rechtsform oder Größe.

Wir wollen gesund essen und leben. In Deutschland sind im europäischen Vergleich die Lebensmittel heute vergleichsweise billig und das Einkommen der Landwirte unterdurchschnittlich. Das muss geändert werden. Wollen wir uns weiter abhängig machen von unkontrollierbaren Importen? Wollen wir weiter unsere Versorgungssicherheit von ausländischen Lieferungen abhängig machen? Hatten wir das 1920 im Zuge der damaligen Versailler Verträge nicht schon einmal mit einer großen Hungersnot bezahlt? Wir müssen unsere heimische Landwirtschaft – egal welcher Rechtsform, Größe oder Konfession – stärken. Sie ist auf dem Land ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und auch für die sozialen dörflichen Belange unverzichtbar.

13. Migration/Integration im Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt hat sich aufgrund der gesunkenen Zahl berufstätiger Fachkräfte etwas entspannt. Jedoch herrscht in einigen Bereichen akuter Fachkräftemangel.

Jedoch gibt es eindeutige Anzeichen für eine Abschwächung der globalen Konjunktur. Die wird den Exportweltmeister Deutschland hart treffen. Eine wirtschaftlich schwierige Zeit, die die Unternehmer herausfordern wird, steht uns bevor. Deshalb muss man sie jetzt entlasten und den Arbeitsmarkt flexibler machen.

Die Themen Asyl und Migration von Arbeitskräften sind gesetzlich und tatsächlich strikt zu trennen. Menschen, die vorübergehend unseren Schutz vor Krieg und Gewalt benötigen, sollen diesen auch weiterhin so lange bekommen bis die Sicherheitslage in deren Heimatländern eine geordnete Rückkehr erlaubt. Die Rechtsgrundlagen zur Versorgung der Flüchtlinge sind grundlegend dahingehend zu ändern, dass keine künstlichen Anreize zur Einwanderung in unsere Sozialsysteme mehr bestehen und damit zukünftig Staat und Kommunen entlastet werden. Abgelehnte Asylbewerber sind konsequent abzuschieben. Die Sicherheit unserer Bürger vor "importierter" Kriminalität jeglicher Art hat dabei stets Priorität zu haben.

Ein Zuwanderungsgesetz auf Bundesebene wird und muss die Rahmenbedingungen für das Zuwanderungsland Deutschland festlegen. Qualifikationen und kulturelle Anpassungsfähigkeit sind dabei wichtig. Dauerhafte Migration kann nur in dauerhafte Integration münden, wenn die Arbeit die Rolle des Integrators übernimmt. Das bedeutet, dass wir qualifizierte Fachkräfte gerne in unseren Rechtsstaat und unsere Sozialsysteme aufnehmen wollen, sofern sie hier heimisch werden wollen. Ein stabiler Rechtsstaat und ein funktionierender Sozialstaat sind für zugewanderte Fachkräfte genauso attraktiv wie für einheimische.

Über Jahrhunderte hat sich in klassischen Zuwanderungsländern wie den USA herausgestellt, dass Integration durch Eintritt in den Arbeitsmarkt am besten gelingt. Daher sollte die Aufnahme einer regulären Arbeit unser Schwerpunkt in der Integration sein. Unser Sozialstaat ist ein sehr hohes Gut, das die Bevölkerung friedlich beieinander hält. Ihn national zu finanzieren, aber international zu verteilen, wird auf Dauer in der Bevölkerung nicht akzeptiert und den Sozialstaat sprengen. Sich in der aufnehmenden Gesellschaft nützlich zu machen, ist eine grundlegende Verfahrensweise. Das muss in Zukunft auch hier in Deutschland gelten.

Über die Migration/Integration entscheidet die Kommune. Die Kommunen sollen zukünftig die Zahl der Migranten, ihre Auflagen, Rechte und Pflichten und die Dauer ihrer Integration selbst beurteilen und die entsprechenden Maßnahmen ergreifen. Außerdem müssen die Kommunen das Recht erhalten, keine weiteren Migranten mehr aufzunehmen, wenn z.B: die Integration der bereits aufgenommenen Migranten ihrer Einschätzung nach nicht vollzogen ist oder der Gemeinderat einen Zuzugsstopp beschlossen hat. Um Integration erfolgreich zu gestalten, braucht es eine befristete Residenzpflicht für Migranten. Es muss strikt zwischen geregelter Zuwanderung und temporärer Flüchtlingshilfe unterschieden werden.

14. Hochschulstandorte in Sachsen stärken und weiterentwickeln

Wir setzen uns für die Stärkung der Selbstbestimmung und der demokratischen Mitbestimmung der Studierenden sowie für eine transparente Hochschulpolitik ein. Wir machen uns dafür stark, Hochschulen in Ballungszentren und in ländlichen Gebieten gleichermaßen zu fördern. Zudem bekennen wir uns zur Hochschulautonomie und damit zu Subsidiarität und Wettbewerb. Die Chancengleichheit im Studium ist eine grundlegende Voraussetzung für unser Bildungssystem. Dazu gehört eine ausreichende materielle Absicherung der Studierenden. Der Anspruch auf BAföG soll nicht mehr vom Elterneinkommen abhängen. Die heutige Regelung belastet die breite Schicht mit mittleren Einkommen, die Steuern zahlen, zusätzlich. Das ist nicht familienfreundlich.

Schulen, Universitäten und Wirtschaft müssen stärker vernetzt werden, damit ein effektiverer Austausch stattfinden kann. Auftragsforschung und freie Forschung müssen nebeneinander existieren können, Patente müssen gesichert und zügig in Unternehmen zur Anwendung kommen. Eine Präsenzpflicht der Lehrenden an den Hochschulen trägt zur Qualitätsverbesserung der Lehre an den Hochschulen bei. Dazu müssen Lehre und Forschung an den Hochschulen auch in der Praxis gleichgestellt werden.

Die verringerte Anzahl von Schulabgängern hat in den letzten Jahren den Problembereich der Fachkräftesicherung in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Dies betrifft insbesondere auch den Bereich der beruflichen Bildung, in dem – politisch gewollt und medial unterstützt – der Karriereweg über ein Studium präferiert wurde. So entstand das Paradoxon, dass zeitgleich international der Wert des deutschen dualen Ausbildungssystems für eine organisch wachsende Wirtschaft erkannt wurde, während in Deutschland selbst das Interesse am Ergreifen eines Ausbildungsberufs zurückging. Hier gilt es neue Wege zu beschreiten, die die Berufswahl wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Einen Schritt in die richtige Richtung stellt in diesem Zusammenhang beispielhaft das Projekt DUBAS (Berufsausbildung mit Abitur) dar. Parallel gilt es aber das Bewusstsein dafür zu schaffen, dass eine Berufsausbildung keine Sackgasse in Bildungsbiografien darstellt. Dazu sollten Angebote entwickelt werden, die speziell auf die Zielgruppe von Facharbeitern zugeschnitten sind. Untersuchungen zeigten, dass für diese Gruppe zwar ein höheres Abbruchrisiko bei Aufnahme eines Studiums besteht, es jedoch keine schlechteren Noten im Vergleich zu Studierenden, die direkt nach dem Abitur ein Studium aufnehmen, auftreten. Unternehmen bevorzugen dabei Studienmodelle, die eine enge Verbindung zur Praxis, im Idealfall eine verbleibende Verbindung zum Unternehmen, sichern, wie dies z.B. bei dualen, praxisintegrierten Studienangeboten der Fall ist. Dies gestattet der Wirtschaft eine eigene, langfristige und zielgenaue Personalentwicklung und gibt Mitarbeitern geeignete Entwicklungsmöglichkeiten.

Der große, nicht gedeckte Bedarf an studierten Fachkräften zeigt sich auch in den von der Wirtschaft angebotenen und nicht besetzten Studienplätzen an der Berufsakademie Sachsen von über einem Drittel der Kapazitäten.

Wir unterstützen daher die breitere Information der Unternehmen über studienrelevante Fächer und Angebote, einen neuen Interessensausgleich zwischen dem Bedarf der Unternehmen und den Interessenslagen der Studienbewerber, insbesondere in den Ingenieurwissenschaften, und die Erfolgsfaktoren für ein gelingendes Studium bereits in der schulischen Ausbildung stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Dazu zählen auch soziale Kompetenzen, die in arbeitsteiligen Prozessen benötigt werden.

Wir FREIE WÄHLER stehen für:

- Verstärkung von Diplomstudiengängen
- Wohnraum für Studierende soll bezahlbar gehalten werden. Wir werden eine Bundesratsinitiative Sachsens für ein BAföG, das unabhängig vom Einkommen der Eltern und dessen Zahlung auch nach dem BA-Abschluss bis zur Master-Zusage in Anspruch genommen werden kann, auf den Weg bringen. Dabei werden auch die BAföG-Rückzahlungserlassregeln, wenn Studentinnen in der Studienzeit Kinder bekommen, optimiert.
- Studienabbrecher müssen durch eine bessere Zusammenarbeit der Hochschulen mit den Kammern rechtzeitig in eine Berufsausbildung gebracht werden.
- Die Hochschulbibliotheken sind besser auszustatten.
- Wir werden eine mittelfristige Planung zur Beendigung des Sanierungsstaus im Hochschulbau vorlegen.
- Eine angemessene Bezahlung und Ausstattung unseres Lehrpersonals und des akademischen Mittelbaus halten wir für wichtig.
- Das Seniorenstudium soll mit einer Obergrenze von bis zu 60 € pro Semester in Sachsen bezahlbar bleiben.
- Weitere Verstärkung und Finanzierung von Technologiezentren zur Stärkung und Förderung von Start Up aus den Hochschulen heraus um die sächsische Wirtschaft zu stärken

15. Sachsen braucht einen attraktiven, schlanken und effizienten Öffentlichen Dienst.

Eine leistungsfähige Verwaltung bringt Standortvorteile im weltweiten Wettbewerb. Voraussetzung dafür ist aber eine bedarfsgerechte Ausstattung mit Sachmitteln und gut ausgebildetem, motiviertem Personal. Dafür ist es notwendig, dass der Öffentliche Dienst attraktiv bleibt. Wir FREIE WÄHLER wollen Staatsaufgaben kritisch hinterfragen und Bürokratie abbauen. Der sparsame Umgang mit den Steuergeldern der Bürger ist Hauptaufgabe von Politik und Verwaltung. Ein Stellenabbau ohne Aufgabenkritik aber hat bisher zur Überlastung der Verwaltung geführt und damit nicht zu mehr Effizienz. Dieser Prozess muss im Hinblick auf den demographischen Wandel und den veränderten Bedürfnissen der Bevölkerung unbedingt auf dem Prüfstand.. Wir wollen den Anteil von Frauen in Spitzenämtern erhöhen. Frauen in Führungspositionen und für den Wiedereinstieg von Frauen ins Berufsleben, halten wir für sehr wichtig. Noch immer gibt es zu wenige Frauen, die den Weg nach oben gehen können, wollen und dürfen.

Dafür stehen wir FREIEN WÄHLER:

- Eine serviceorientierte, bürgerfreundliche und bürgernahe Verwaltung erfordert auch den Erhalt wichtiger Behörden vor Ort.
- Den sinnvollen Einsatz von „E-Government“-Maßnahmen zur Beschleunigung und Vereinfachung von Verwaltungsverfahren unterstützen wir.
- Hoheitliche Aufgaben gehören in hoheitliche Hände. Wir sind gegen die Privatisierung staatlicher Sicherheitsaufgaben wie im Falle des Einsatzes privater Sicherheitsdienste in Justizgebäuden und der Luftsicherheitskontrollen an Flughäfen.
- Einstellung einer Vergütung nach Eignung, Leistung, Befähigung, Risikograd und mit Schichtzuschlägen bei Polizei und Justiz ein.
- Den Aufstieg von Frauen in Führungspositionen

16. Ehrenamtliches Engagement vernünftig unterstützen.

Eine Gesellschaft lebt vom Miteinander. Ehrenamtliches Engagement ist für uns ein wesentlicher Pfeiler einer menschlichen Gesellschaft und mildert soziale Kälte. Das freiwillige Engagement von Menschen in karitativen und kirchlichen Einrichtungen, in der Jugendarbeit, in Vereinen, bei Rettungsdiensten, der Feuerwehr, Selbsthilfegruppen, Nichtregierungsorganisationen und Zukunftswerkstätten ist existenziell für das Funktionieren unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Diese vielfältigen Formen bürgerschaftlichen Engagements zählen zu den unschätzbaren und unverzichtbaren Wesensmerkmalen unserer lebendigen Demokratie. Dieses Engagement wollen wir fördern und die noch nicht ausgeschöpften Potentiale besser nutzen.

Vereine leisten nicht nur wichtige gesellschaftliche Aufgaben z. B. in den Bereichen Sport, Bildung und Jugendarbeit, sondern bilden auch das Rückgrat für langfristige und nachhaltige Integration. Wir werden uns deshalb auch weiterhin für die Unterstützung der Vereine einsetzen.

Dafür stehen die FREIEN WÄHLER:

- Wir werden ehrenamtlich engagierter Bürger durch zusätzliche Rentenpunkte und nicht nur durch lobende Worte ehren und belohnen, denn die ehrenamtliche, gemeinnützige Tätigkeit muss mehr gesellschaftliche Wertschätzung erfahren. Im ländlichen Räumen ersetzt sie zunehmend staatliche Strukturen, zu denen der Staat verpflichtet wäre.
- Wir brauchen auch einen zügigen Ausbau und die Stärkung der Freiwilligendienste.
- Die breitflächige Etablierung von Ehrenamtslotsen als Ansprechpartner und Vermittler für Bürger, die sich gerne in die Gesellschaft einbringen möchten, sorgt für die nötige Koordinierung. Die Menschen können sich in vielen Fragen selbst helfen. Darauf vertrauen wir und bieten Unterstützung an, wo sie nötig ist.
- Wir wollen die Tierheime mit einer Soforthilfe von 15 Millionen Euro (bei 31 Tierheimen in Sachsen eine angemessene Summe) in ihrer Arbeit unterstützen.

17. Sachsens Umwelt wollen wir ausgewogen schützen.

Die Natur ist die Existenzgrundlage allen Lebens. Deutschland und Sachsen können zwar die globalen Fehlentwicklungen nicht aufhalten, sind aber aufgrund der hervorragenden technologischen Möglichkeiten in der Lage, umweltbewusste Alternativen zu entwickeln und sich zu wappnen. Zentrales Thema für die Umwelt ist derzeit der Klimawandel. Umweltschutz nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen ist uns wichtig. In diesem Sinne sprechen wir FREIEN WÄHLER Sachsen uns für alle technologisch möglichen und wirtschaftlich sinnvollen Maßnahmen aus, z.B. für Energieeinsparung im Bereich der privaten und öffentlichen Gebäude, der Wirtschaft und im Verkehr. Die Forderung nach umweltfreundlicher Technologie hat nicht nur positive Auswirkungen auf die Umwelt, sondern bietet darüber hinaus auch ein erhebliches wirtschaftliches Potential. In diesem Zusammenhang fordern die FREIEN WÄHLER Sachsen einen Ausbau der naturwissenschaftlichen Fakultäten und Institute an Sachsens Hochschulen und eine bessere, an den Praxiserfordernissen orientierte Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Industrie.

Darüber hinaus werden wir FREIE WÄHLER Sachsen nach dem Motto „Mensch und Natur“ alles dafür tun, Naturschutz und gute Lebensgrundlagen für die Menschen in unserem Land in Einklang zu bringen.

Eine gesunde Umwelt ist kein Selbstzweck, sondern sichert und verbessert nachhaltig das Zusammenspiel zwischen Natur-, Lebens- und Wirtschaftsräumen für die Menschen heute und für künftige Generationen. Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen schützen, bewahren sowie nutzen und sind uns unserer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen bewusst. Umweltpolitik beginnt vor Ort.

Dafür stehen wir FREIEN WÄHLER:

- Unsere heimischen Natur- und Kulturräume durch ihre nachhaltige Weiterentwicklung bei gleichzeitiger sinnvoller Bewirtschaftung zu bewahren ist in unseren Augen auch Schutz durch Nutzung.
- Eine frühzeitige Einbindung von Bürgern und Kommunen bei der Planung von Großprojekten und der Ausweisung großflächiger Schutzgebiete ist uns wichtig.
- Eine nachhaltige und ökologisch verträgliche Tourismusentwicklung halten wir für Ziel führend.
- Eine intelligente Reduzierung des Flächenverbrauchs und der Flächeninanspruchnahme Verkehrs- und Siedlungsentwicklung sowie Energiegewinnung werden wir anpacken. Natur braucht auch Platz, um sich zu erholen.
- Maßnahmen zur Revitalisierung von Innenstädten und zur Renaturierung von Industrie und Gewerbebrachen sollen flächendeckend in ganz Sachsen vorangetrieben werden.

18. Die Energiepolitik bürgernah meistern

Energiesparen durch neue Technologien und der Einsatz einer umwelt- und ressourcenschonenden Energieerzeugung auf der Basis eines sinnvollen Energiemix sind zwei wichtige Zukunftsthemen. Dabei sind in angemessener Zeit und in enger Abstimmung mit den europäischen Partnern erneuerbare und andere Energieerzeugungsverfahren derartig einzusetzen und weiterzuentwickeln, dass eine Gefährdung der Energieversorgung in Deutschland jederzeit ausgeschlossen ist und der Bürger nicht überproportional belastet wird. Es müssen die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse und nicht die ideologischen Wunschvorstellungen Einzelner im Vordergrund stehen. Ökonomie und Ökologie sollen eine Einheit bilden. Dass in Deutschland derzeit die zweithöchsten Energiepreise in ganz Europa zu zahlen sind, ist inakzeptabel.

Veränderung der Energiepolitik

- mindert die für Natur, Mensch und Wirtschaft schädlichen Klima- und Umweltfolgen und baut die Abhängigkeit von den Energierohstofflieferanten ab,
- stärkt die nationale, regionale und lokale Selbständigkeit und Wirtschaftskraft auf dem Gebiet der Energieversorgung
- schafft in größerem Umfang neue Arbeitsplätze.

Die FREIEN WÄHLER Sachsen halten in diesem Zusammenhang auch eine angemessene Dezentralisierung der Energieversorgung für wichtig. Sie vermeidet Leitungsverluste, schafft regionale Arbeitsplätze und bietet den Kommunen eine Chance, durch regionale Stadtwerke an der Wertschöpfung teilzunehmen. Dennoch sollen Windkraft- und Photovoltaikanlagen an geeigneten Standorten konzentriert werden, um ein weiteres Zerreißen gewohnter Landschaftsbilder zu vermeiden.

Als eine der effektivsten Methoden für einen nachhaltigen Anteil an der Lösung des Energieproblems sehen die FREIEN WÄHLER Sachsen das Energiesparen. Es verhindert Energieverschwendung und mindert den Ressourcenverbrauch. Auf diesem Gebiet müssen die öffentlichen Gebäude und Anlagen vorbildlich ausgerüstet und betrieben werden. Wir FREIEN WÄHLER Sachsen setzen uns dafür ein, dass die politischen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Lösung der beschriebenen Energieproblematik verstärkt geschaffen und weiterentwickelt werden. Eine sichere Energieversorgung und Umweltschutz sind Themen, die die Bürger mit zunehmender Sensibilität verfolgen. Eine regionale, effiziente Versorgung durch erneuerbare Energien sowie nachhaltige Umweltschutzmaßnahmen sind uns ein besonderes Anliegen. Steigende Energiepreise und die Energieerzeugung aus fossilen Rohstoffen rücken die Themen „Energieversorgung“ und „Umweltschutz“ immer mehr in den Blickpunkt. In Zeiten finanzieller Unterversorgung vieler Gemeinden sehen die FREIEN WÄHLER die erneuerbaren Energien als nachhaltigen Entwicklungsbeschleuniger und Beschäftigungsmotor der Zukunft, gerade auch für den ländlichen Raum. Dazu muss die (Speicher-)Forschung ambitionierter unterstützt werden. Denn nur wer von Energieimporten und damit von steigenden Preisen unabhängig ist, kann sich der regionalen Versorgungssicherheit und Preisstabilität sicher sein. Wir wollen einen Masterplan für eine konzertierte, durchdachte Umsetzung der Energiepolitik, die die Steuerzahler nicht überlastet.

Dafür stehen wir FREIEN WÄHLER:

- Wir bevorzugen eine Energiepolitik, die von den Bürgern auch getragen wird und wollen ihre Lasten gerecht verteilen.
- Technologische Entwicklungen (z. B. Speichermedien, Nutzung der Geothermie) und des Ausbaus der erneuerbaren Energien wollen wir vorantreiben und dabei lokale Wertschöpfung durch Installation, Betrieb und Wartung kleiner regenerativer Kraftwerke in den Focus nehmen.
- Das lässt sich zu einer regionalen und dezentralen im ländlichen Raum auch in Form von Genossenschaftsmodellen ausbauen. Das darf aber nicht die zweckmäßig konzentrierte Energieversorgung für urbane Räume behindern.
- Wir setzen auf flexible Programme zur energetischen Gebäudesanierung inklusive Gebäudetechnik.
- Wir fordern einen verantwortungsvollen und klug überlegten Wechsel der Energieversorgung. Dabei ist insbesondere auf die Versorgungssicherheit der Bevölkerung und der Wirtschaft zu achten. Die vom Bund zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel wollen wir aber nicht für die Finanzierung von Großprojekten nutzen. Vielmehr sollen Zukunftstechnologien und Projekte gefördert werden, die zu neuen Arbeitsplätzen in den betroffenen Regionen führen.

19. Land-, Fischerei-, Jagd- und Forstwirtschaft müssen wir stabil halten.

Die Leistungen der Land-, Forst-, Fischerei- und Jagdwirtschaft haben für die FREIEN WÄHLER Sachsen mit Blick auf die Produktion von wichtigen Nahrungsmitteln und Biorohstoffen sowie bei der Pflege der Kulturlandschaft eine große Bedeutung. Deshalb ist die Stärkung des ländlichen Raumes als Wirtschafts- und Lebensraum ein wichtiges Ziel. Wir wollen die „Landflucht“ in die Ballungsräume und den weiteren Rückgang der Anzahl von Betrieben in der Land-, Forst-, Fischerei- und Jagdwirtschaft stoppen. Unter anderem durch die Anerkennung dieser Betriebe als Produzenten hochwertiger Lebensmittel und natürlicher Rohstoffe im konventionellen Betrieb, sowie der verstärkten Vermarktung einheimischer landwirtschaftlicher Produkte. Für die Aufwertung des ländlichen Raums bedarf es vielfältiger Maßnahmen: Infrastrukturförderung, attraktives Wohnen und vielfältige Freiheiten.

Grundsätzlich muss es in diesem Sinne auch Ziel und Wille sein, wettbewerbsfähige Betriebe zu haben, die sich ohne dauerhafte produktionsbezogene Subventionen am Markt behaupten können. Der Wald hat außer seiner wichtigen Funktionen für Natur und Umwelt und seiner Erholungsfunktion für die Menschen auch eine wieder zunehmend bedeutende wirtschaftliche Funktion. Neben der Holzproduktion für Industrie und Gewerbe gewinnt der Wald auch immer mehr Bedeutung als Quelle nachwachsender Energierohstoffe. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Waldfunktion als gleichberechtigter Lebensraum für einheimisches Wild und andere frei lebende Tiere erhalten bleiben muss. Die sächsischen Kommunen haben mit ihrem Waldeigentumsanteil bei steigenden Holzpreisen hier eine gute Chance, ihre Forstwirtschaftspläne ausgeglichen bzw. gewinnbringend selbst zu gestalten, eine nachhaltig orientierte Bewirtschaftung vorausgesetzt. Die FREIEN WÄHLER setzen sich für die Erhaltung der beschriebenen Waldfunktionen und deren positive wirtschaftliche Nutzung ein.

Wir FREIE WÄHLER halten eine eigentumsorientierte, den landesspezifischen Gegebenheiten angepasste, nachhaltige Land-, Forst-, Fischerei- und Jagdwirtschaft für die Grundvoraussetzungen eines lebensfähigen und lebenswerten ländlichen Raums, der Heimat für alle bietet. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Jagd stellen nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln und natürlichen Rohstoffen sicher, sondern erfüllen außerdem unersetzbare wirtschaftliche, soziale sowie umweltbezogene Aufgaben und bieten eine Vielzahl von Arbeitsplätzen.

Dafür stehen wir FREIEN WÄHLER:

- Die Artenvielfalt in unserer Kulturlandschaft soll erhalten und artgerechte Tierhaltung in den Betrieben weiter ausgebaut werden. Artenschutz ist nicht teilbar. Keine Art sollte privilegiert sein – auch nicht der Wolf.
- Wir setzen auf klare Zukunftsperspektiven und Planungssicherheit für sächsische Betriebe in der Land-, Forst-, Fischerei- und Jagdwirtschaft.
- Wir unterstützen den Erhalt der Landwirtschaftsstruktur - vor allem kleinere Familienbetriebe müssen wettbewerbsfähig bleiben können und gestärkt werden.
- Wir unterstützen den Erhalt der Wertschöpfung in den Regionen durch den Absatz regionaler Qualitätsprodukte und die Stärkung der Marktposition von einheimischen Landwirten.

- Wir setzen auf eine umfassende Kooperation mit den Unternehmen im ländlichen Raum beim Umwelt- und Naturschutz anstelle überbordender ordnungspolitischer Vorgaben und ausufernder gesetzlicher Regelungen. Dazu gehört auch der Bürokratieabbau in der diesbezüglich zuständigen Verwaltung.
- Wir setzen auf eine Verstärkung des regionalen Einflusses auf die Ausgestaltung der EU-Agrarpolitik, die die Förderung von benachteiligten Gebieten mit erschwerten Bewirtschaftungsbedingungen in den Focus nimmt.
- Wir werden den §13a Einkommenssteuergesetz zur Erhaltung der kleinbäuerlichen Strukturen bewahren.
- Weitere Anreize in der Waldwirtschaft, um die Wälder nachhaltig zu bewirtschaften, vor zerstörerischen Eingriffen zu schützen und eng mit den Waldbesitzern, Jägern und Förstern vor Ort zusammen zu arbeiten, werden gesetzt.
- Die privatforstliche Verwaltung wird als Selbsthilfeeinrichtungen der Waldbesitzer durch forstliche Beratung entsprechend gefördert.
- Erhalt und den Ausbau von Gewässerschutz und den kostenlosen Erwerb eines Jugendfischereischeines und eine kostenfreie Prüfung beim Erwerb des Fischereischeines. So wird nicht fachkundiges Angeln und das Zerstören von Tierpopulationen minimiert
- Wir unterstützen Windkraftanlagen im Wald ausdrücklich nicht und wollen sie stilllegen.

20. Das Sportland Sachsen setzt auf Leistung und bietet Chancen

Sport hat in Deutschland und auch in Sachsen einen sehr hohen Stellenwert. Getragen wird der Sport von Vereinen auf ehrenamtlicher Basis. Der Leistungssport hat hierbei eine Vorbildfunktion. Die öffentliche Hand stellt im Wesentlichen die Rahmenbedingungen für Leistungs-, Breiten- sowie Vereinssport zur Verfügung und fördert Infrastruktur, wie zum Beispiel Sportplätze und -hallen. Die vielfältigen positiven Funktionen des Sportes, sei es Integration oder auch Inklusion, erfordern daher eine verlässliche Grundlage für den Leistungs- sowie wie für den ehrenamtlich getragenen Vereins- und Freizeitsport.

Dafür stehen wir FREIEN WÄHLER:

- Die Möglichkeit für jedermann, sich entsprechend seiner Interessen und Fähigkeiten sportlich zu betätigen, geht einher mit der Sicherung der Angebote sportlicher und sportlich-spielerischer Betätigung speziell für Kinder und Jugendliche. Die kann man noch erweitern. Hierbei wird eine engere Zusammenarbeit von Schule und Sport mit den Vereinen und die Schaffung von Ganztagsangeboten von den FREIEN WÄHLERN gefordert. Die Sport-Kürzungen im Schulstundenplan sehen wir ganz besonders angesichts des präventiven Charakters des Sports für die Gesundheit sehr kritisch. Speziell vor dem Hintergrund des demografischen Wandels bietet der Sport hervorragende Möglichkeiten zur Wiederherstellung der Gesundheit und dem Erhalt der Leistungsfähigkeit im Alter.
- Wir ermöglichen allen Kindern und Jugendlichen bzw. Auszubildenden die Teilnahme an einem Sportverein mit einer jährlichen Förderung von max. 250€
- Wir fordern die kostenfreie Ausbildung von Kampfrichtern.

- Die FREIEN WÄHLER Sachsen sprechen sich ausdrücklich dafür aus, das Ehrenamt im Sport zu stärken. Für sie und Übungsleiter sollte das Land Versicherungen abschließen und finanzieren. Außerdem wollen wir bundesweit vorschlagen, Rentenpunkte für die langjährige Ausübung von Ehrenämtern erwerben zu können.
- Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Ehrenamtszuschale in allen Bereichen.
- Die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen, schöpferisch und eigenverantwortlich ihre sportlichen Aktivitäten ausüben zu können, ist im ganz besonderen Interesse der FREIEN WÄHLER. Die Umsetzung der EU-Konvention wird ausdrücklich von den FREIEN WÄHLERN unterstützt. Behindertensport braucht mehr Anerkennung und einen gesonderten Haushaltstitel. Zum Bittsteller beim Landessportbund dürfen Behindertensportler nicht werden.
- Die FREIEN WÄHLER setzen sich dafür ein, dass es eine zeitige und systematische Suche von Talenten gibt und unterstützen deren frühzeitige Förderung im Sinne einer langfristigen sportlichen Entwicklung. Diese Förderung inkl. Unterbringungs- und Trainingslagerkosten müssen vollumfänglich vom Bund getragen werden.
- Der Bund trägt die Verantwortung für den Leistungssport. Finanziell sind die Kommunen im Bereich des Leistungssportes durch den Bund zu entlasten. Das Land muss den kommunalen Sportstättenbau stärker fördern.
- Sportförderungen sind an den Kader eines Sportlers und nicht an die Größe des Vereins zu binden. Auch kleine Vereine können Kadersportler entdecken und trainieren. Diese gehören ebenso gefördert, wie große Vereine/ Olympiastützpunkte. Jeder Sportler, sollte dort erfolgreich trainieren dürfe, wo er sich wohl fühlt.
- Die Sportförderung gehört zu den freiwilligen Leistungen der öffentlichen Hand. Die FREIEN WÄHLER fordern, die Förderung des Sportes der Daseinsfürsorge zuzurechnen und somit muss der Aufgabe auch die Ausstattung verlässlich folgen.

21. Tourismusförderung erschließt mehr Marktpotentiale für uns.

Der Tourismus gehört in Sachsen zu den bedeutenden Wirtschaftsfaktoren. Inzwischen kommen 5% der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze aus dieser Branche. Zugleich wird ein hohes Steueraufkommen erbracht. Weltweit ist der Tourismus eine Wachstumsbranche, von der auch Sachsen stärker profitieren sollte. Die Marktpotentiale aus Kultur- und Naturreichtum des Freistaates Sachsen gilt es noch besser zu erschließen. Sachsen hat Touristen viel zu bieten, muss sich aber in einem immer härter werdenden Marktumfeld behaupten. Für uns gehört dazu auch der Erhalt der Landgasthöfe - nicht nur für Touristen.

Dafür stehen wir FREIEN WÄHLER:

- Wir werden den Ausbau wettbewerbsfähiger Tourismusziele fördern
- Wir werden Traditionsvereine unterstützen und erhalten
- Wir unterstützen vernetzte Tourismusangebote in Regionen, die durch mehr Kooperation und mehr Paketangebote entstehen.
- Wir unterstützen es, neu gewonnene Naturausflugsziele für den Tourismus bekannt und attraktiv zu machen. Beispiele gibt es genug - Seenlandschaft um Leipzig
- Wir wollen innovative und nachhaltige Tourismusangebote in den Vordergrund rücken und Gemeinschaftsinitiativen im touristischen Marketing unterstützen.

- Unternehmen in dieser Branche werden wir von Kosten und bürokratischen Vorgaben entlasten.
- Wir wollen die Erreichbarkeit Sachsens durch den Ausbau des Bahn- und Flugverkehrs innerhalb der vorhandenen Infrastruktur verbessern und neue Verbindungen unter Einbeziehung der betroffenen Bürger aufbauen.
- Radwegbau vor allem im ländlichen Raum muss gefördert werden.

Epilog: Sachsen - mitten in Europa

Die Welt verändert sich spürbar und immer schneller. Globalisierung, Internationalisierung, Europäisierung sind dafür nur einige Stichworte. Das Voranschreiten der Europäischen Integration entpuppt sich bei näherer Betrachtung leider allzu oft als immer stärker werdender Zentralismus. Zentralismus lehnen wir bis auf wenige Ausnahmen ab. Die Politik muss darauf achten, dass sich Veränderungen mit den Menschen vollziehen und nicht an ihnen vorbei oder sogar gegen ihre Interessen verlaufen. Ganz bestimmt laufen gesellschaftliche Entwicklungen nicht von oben nach unten als Politikansage. Sie finden immer vor Ort und konkret statt. Alles andere sind politische Theorien oder undemokratische Verhaltensweisen.

Unser Bekenntnis zur Idee Europa: Die EU ist reformbedürftig, aber erhaltungswürdig

Die FREIEN WÄHLER Sachsen bekennen sich prinzipiell zur Europäischen Idee einer friedlichen Zusammenarbeit sowie zu seiner Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg mit seinen Organisationen, Institutionen und einem stabiles Währungssystem, an dessen Grundsätze sich alle beteiligten Mitgliedsstaaten konsequent halten.

Fehlentwicklungen, die immer klarer hervortreten, sind aber entschlossen zu korrigieren, insbesondere im Gefüge der Gemeinschaftswährung und der Aufgabengestaltung für die Europäische Kommission.

Ein starkes Europa, ein Europa der Regionen, ist eine zentrale Gestaltungsaufgabe, um Frieden und Freiheit dauerhaft zu sichern. Aber wir stellen uns gegen überbordende Bürokratie und Bevormundung. Die EU soll nur große, strategische Politiken, die alle gemeinsam angehen, regeln, z.B. Energie, Ressourcen, Migration, Sicherheit und Frieden. Gemeinsame Währungs-, Sozial- und Wirtschaftssysteme sind mit hohen Risiken behaftet, weil die Länder in Europa regional sehr unterschiedlich sind. Will man darin niemanden bevormunden, muss man die regional funktionierenden Sozial- und Wirtschaftssysteme erhalten. Aus dem Privatleben der Menschen hat sich die EU rauszuhalten. Ob das Duschköpfe, Glühbirnen, Staubsauger oder gekrümmte Gurken sind - soll jeder selbst entscheiden dürfen. Dadurch kann der Koloss EU verschlankt, Gelder gespart und Bürokratie abgebaut werden. Der Entscheidungen der Regionen ist daher deutlich aufzuwerten.

Mehr Bürgerbeteiligung

Insgesamt sind auch die Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, um eine demokratische Mitwirkung zu sichern. Damit wird das Vertrauen in die Regierung nachdrücklich gefestigt. Die Bürger sollen festlegen, was die EU in Europa oder die Bundesregierung in Berlin oder

der Landtag in Dresden wirklich zentral regeln soll und was nicht. Die EU soll sich verstärkt demokratisch organisieren und einem dem Grundsatz der Gewaltenteilung gemäßen Aufbau folgen. Daher hat auch eine grundlegende Reform der europäischen Institutionen und Organe stattzufinden. Wir leben inzwischen in einer anderen Zeit.

Subsidiarität und Regionalität durchsetzen

Dies bedeutet, der Verantwortungs- und Handlungsebene vor Ort Vorrang einzuräumen. Diese Kompetenzen sind erst an die nächste Ebene nach oben abzugeben, wenn die Aufgaben vor Ort nicht mehr selbst erfüllt werden können. Festzustellen ist jedoch, dass in zunehmendem Maße sowohl die EU als auch der Bund Kompetenzen der Kommunen und Länder an sich ziehen, so dass die Legitimation der eigentlich verantwortlichen Ebene sinkt und sowohl der Föderalismus als auch die kommunale Selbstverwaltung ausgehöhlt werden. Die zentralistische Struktur von großen Mitgliedstaaten im Süden und Westen Europas, wie Frankreich oder Spanien, setzt hier die Akzente. Mitteleuropa neigt historisch eher zu dezentralen Strukturen. Die wollen wir erhalten und stabilisieren. Daher fordern die FREIEN WÄHLER Sachsen die zwingende Einhaltung des Subsidiaritätsgrundsatzes auf allen Ebenen und eine langfristig orientierte Aufgaben- und Funktionsreform der EU-Institutionen. Auch hier sollen Dinge dort geregelt werden, wo sich der Sachverstand und das Näheverhältnis am besten auswirken. Die EU muss verstärkt wieder Kompetenzen nach unten geben und nicht weiter zentral aufsaugen und dafür den kostenintensiven Verwaltungsapparat aufblähen. Der Subventionswettlauf ist einzustellen.

Hinsichtlich des Umgangs mit der Gemeinschaftswährung EURO sehen uns in der Tradition des damaligen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, der sich für den Freistaat Sachsen im Bundesrat bei der Einführung des EURO der Stimme enthalten hat, weil die Voraussetzungen für den EURO nicht ausreichend geschaffen worden waren.

Die FREIEN WÄHLER Sachsen plädieren für eine Umwandlung der traditionellen europäischen Strukturpolitik mit ihrem Subventionswettlauf in eine gezielte eigenständige Regionalförderung, welche durch die jeweiligen Mitgliedstaaten mitgestaltet werden kann. Wir wollen die Zusammenarbeit der Regionen stärker fördern.

FREIE WÄHLER bekennen sich zur Europäischen Idee und stehen allen europäischen Nachbarn offen, konstruktiv und gastfreundlich gegenüber.

Stand 24.07.2019